

Staatsanalyse und Staatskritik



Akademie der Sozialistischen Jugend Österreich



IMPRESSUM

Staatsanalyse und Staatskritik

Broschüre der Sozialistischen Jugend Österreich

Autor: Armin L. Puller

Geschrieben für die Akademie der Sozialistischen Jugend Österreich im Herbst 2005

Sozialistische Jugend Österreich

Amtshausgasse 4, 1050 Wien, Tel.: 01 / 523-41-23, Email: office@sjoe.at, Web: www.sjoe.at

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	04
1. Zur Entstehung des Staates	06
2. Von Niccolo Machiavelli zu Georg W. F. Hegel Frühbürgerliche und bürgerliche Staatstheorien	07
3. Karl Marx Der Staat als Herrschaftsverhältnis	10
4. Von Friedrich Engels zu Vladimir I. Lenin Der Staat als Instrument der herrschenden Klasse	13
5. Antonio Gramsci und Louis Althusser Hegemonie-Theorie und die ideologische Komponente des Staates	16
6. Die Staatsableitungsdebatte Der Staat als Staat des Kapitals	19
7. Nicos Poulantzas Der Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses	20
8. Joachim Hirsch und Bob Jessop Die Transformation des Staates zum nationalen Wettbewerbsstaat	26
9. Ausblick und Schlussfolgerungen	30
Anhang Anmerkungen	31
Anhang Literaturliste	32
Anhang Weiterführende Literatur	33



EINLEITUNG

In dieser Broschüre soll es um die Analyse und Kritik des Staates in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise gehen. In vielen historischen und theoretischen Darstellungen des Staates, wird davon ausgegangen, dass der Staat eine natürliche kulturelle bzw. zivilisatorische Bedingung für menschliches Zusammenleben sei. Dieser verbreiteten Ansicht nach habe es Staaten und Staatlichkeit immer schon gegeben. Im Gefolge dieser Vorstellungen existieren mehrere widersprüchliche Analysen über den Staat: So sei der Staat im wesentlichen eine vernünftige Idee, die sich im Laufe der Geschichte zur Zivilisierung menschlicher Gesellschaften durchgesetzt habe. Oder der Staat sei ein übergeordnetes Wesen / Subjekt, das eigenständig und unabhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen handle, etwa als Schiedsrichter zwischen Einzelinteressen und Allgemeininteressen. Oder der Staat sei ein Instrument zur Durchsetzung bestimmter Interessen, etwa einer Klasse. Damit einhergehend sei der Staat ein passiver und hilfloser Erfüllungsgehilfe bestimmter ökonomischer Entwicklungen oder Prozesse, etwa der "Globalisierung". Auch zukünftige Ausformungen und Entwicklungen von Staatlichkeit werden ähnlich behandelt: Demnach sei der Staat am Verschwinden bzw. werde zurückgedrängt durch die Macht international agierender Konzerne oder Organisationen. Deswegen bzw. trotzdem würden die Nationalstaaten immer mehr untergraben, die Schaffung von Staatenverbänden oder eines Weltstaates sei die Folge.

So widersprüchlich diese Aussagen auch sind, tauchen sie in verschiedenen Kombinationen und Zusammenhängen immer wieder auf und machen den Rahmen von Diskussionen über Staat und Staatlichkeit aus. Die meisten Ansichten beschränken sich auf einzelne staatliche Aspekte, ohne jedoch den Staat als strukturiertes, widerspruchsvolles Ganzes zu begreifen. Dagegen soll in dieser Broschüre gezeigt werden, dass der Staat als ein Produkt moderner Gesellschaftsformationen keineswegs eine immer schon da gewesene Form gesellschaftlicher Organisation darstellt, sondern sich im Laufe der Durchsetzung des Kapitalismus und der Abschaffung feudaler Verhältnisse gebildet hat. Der Staat ist ein soziales Verhältnis, ein Herrschaftsverhältnis, das eng mit den ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnissen zusammenhängt, aber ihnen gegenüber auch eine relative Eigenständigkeit besitzt. In dieser relativen Eigenständigkeit ist der Staat ein umkämpfter Raum, in dem durch soziale Auseinandersetzungen das Feld des Politischen gestaltet werden kann. Gleichzeitig vermittelt der Staat die allgemeinen politischen Interessen immer mit der Regulation der kapitalistischen Produktionsweise und der Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation. Aus diesem Grund ist der Staat als Herrschaftsverhältnis zu betrachten, das in einer neuen Gesellschaft abgeschafft werden muss.

In dieser Broschüre sollen verschiedene marxistische Ansätze zur Analyse und Kritik des Staates vorgestellt und diskutiert werden. Einem kurzen Abriss zur Bildung moderner Staatlichkeit (Kap. 1) und (früh)bürgerlichen Staatsanalysen (Kap. 2) folgt die Analyse von Karl Marx (Kap. 3), sowie die Betrachtungen von Friedrich Engels, sowie der II. bzw. III. Internationale (Kap. 4). In Kapitel 5 werden die Ansätze von Antonio Gramsci und Louis Althusser behandelt, die neben der repressiven Komponente des Staates vor allem seine hegemoniale bzw. ideologische Bedeutung hervorheben.



Die, vor allem im Deutschland stattgefundenene, Debatte zur "Staatsableitung" wird in Kapitel 6 dargestellt. Kapitel 7 beschäftigt sich mit der Staatstheorie Nicos Poulantzas', der den Staat als "materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses" begreift. In Kapitel 8 folgen die Ansätze von Joachim Hirsch und Bob Jessop, die sich in Anlehnung an Nicos Poulantzas mit der Transformation des Staates vom Wohlfahrtsstaat hin zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch) bzw. hin zum "(schumpeterian) workfare state" (Bob Jessop) im Zuge der Globalisierung des Kapitalverhältnisses befassen. Einer Schussfolgerung in Kapitel 9 folgen Anhänge mit Anmerkungen, sowie einer kleinen kommentierten Literaturliste.



1. ZUR ENTSTEHUNG DES STAATES

Historische Herausbildung des Staates im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus

Die Entstehung des bürgerlichen Staates ging einher mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und ist von Land zu Land unterschiedlich verlaufen. Zu Zeiten der feudalen Produktionsweise gab es keine Staatlichkeit im heutigen Sinne. Die Produktionsweise basierte auf der Ausbeutung der unmittelbaren ProduzentInnen (Bauern, Leibeigenen, Knechten, Mägden, etc.) durch die herrschende Klasse der Grundherren. Während die Grundherren das Eigentum am Produktionsmittel Boden hielten, waren die unmittelbaren ProduzentInnen gezwungen, unabhängig von ihrem Willen, ihrem Grundherren Dienste oder Abgaben zu leisten. Die unmittelbaren ProduzentInnen verfügten über die Produktionsmittel, um damit selbständig Ackerbau und Viehzucht zu betreiben und sind im Gegensatz zum / zur freien LohnarbeiterIn im Kapitalismus unfrei - die Unfreiheit drückt sich in Leibeigenschaft und Tributpflichtigkeit aus. Die Grundherren verrichteten mit dem abgepressten Mehrprodukt keine produktiven Tätigkeiten und investierten nur in unmittelbaren Luxus oder in Söldnertruppen. Unter feudalen Verhältnissen beschränkt sich Staatlichkeit auf die Absicherung der eigenen Grenzen gegenüber anderen Fürstentümern. Rechtsordnungen oder andere eigenständige staatliche Strukturen sind nicht vorhanden. Das Recht geht vom Grundherren aus, der die oberste juristische, politische und ökonomische Instanz darstellt.

Rechtsordnung

Die kapitalistische Produktionsweise dagegen setzt eine funktionierende Rechtsordnung, auf die man sich verlassen kann, voraus. Der Kapitalismus ist ein System der verallgemeinerten Warenproduktion, d.h. alle Waren werden für den Verkauf auf einem Markt produziert. Auch die Arbeitskraft selbst wird zur Ware, die die "doppelt freien LohnarbeiterInnen" auf dem Arbeitsmarkt zum Verkauf anbieten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Entgegen den feudalen Verhältnissen verrichtet die herrschende KapitalistInnenklasse mit dem abgepressten Mehrwert produktive Tätigkeiten: Der Mehrwert wird zu einem Großteil wieder investiert, um die Produktion zu erweitern oder zu verbessern. Durch diesen Prozess der "Akkumulation des Kapitals" kommt es im Kapitalismus zu technischem und zu wirtschaftlichem Fortschritt.¹ Feudalismus und Kapitalismus sind unterschiedliche Produktionsweisen mit unterschiedlichen Klassenbeziehungen, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Im Kapitalismus fallen ökonomische und politische Herrschaft auseinander, d.h. die KapitalistInnen haben zwar die Kontrolle über den Arbeits- und den Verwertungsprozess inne, sind aber nicht direkt verantwortlich für die politische Herrschaft. Insofern kann man von einer (relativen) Trennung zwischen Politik und Ökonomie sprechen.

Trennung von Politik und Ökonomie im Kapitalismus

Rechtliche Gleichheit und Trennung von Staat und Gesellschaft

Für kapitalistisches Wirtschaften sind umfangreiche rechtliche Beziehungen notwendig, die bestimmte allgemein gültige Rechte garantieren: Recht auf Freiheit, Recht auf Eigentum, politische Mitbestimmung und ähnliches. Unter kapitalistischen Bedingungen wird diese rechtliche Gleichheit aller Menschen durch die übergeordnete Instanz Staat sichergestellt: Vor dem Staat und dem Gesetz sind alle Menschen gleich an Rechten. Die Herausbildung moderner Staatlichkeit liegt vor allem im Interesse des aufstrebenden Bürgertums, das die Beschneidung ihrer Rechte durch die feudale Willkürherrschaft beenden möchte. Die schon erwähnten Bürgerrechte sind Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen. Infolge der Entstehung des Staates kann auch von einer (relativen) Trennung von Staat und Gesellschaft gesprochen werden. Wie die beiden Trennungen Politik - Ökonomie und Staat - Gesellschaft aussehen und theoretisch begriffen wurden soll in den nächsten Abschnitten behandelt werden.



2. VON NICCOLO MACHIAVELLI ZU GEORG W. F. HEGEL FRÜHBÜRGERLICHE UND BÜRGERLICHE STAATSTHEORIEN

Frühbürgerliche Staatstheorien reflektieren einen bestimmten Durchsetzungsgrad des Kapitalverhältnisses und damit die veränderten Verhältnisse, die die Gesellschaft strukturieren. Dieser Prozess wird vor allem als Zerfall und Auflösung der alten gesellschaftlichen Ordnung begriffen.

Als erster Theoretiker sieht Niccolo Machiavelli (1467 - 1527) den Zerfall der alten Ordnung. In seinem vielzitierten Buch "Il Principe" ("Der Fürst") analysiert er, dass Gesellschaft und Politik als voneinander getrennt betrachtet werden müssten. Die Politik tritt in dieser Konzeption der Gesellschaft entgegen als absolute Macht des Staates (und damit als absolute Macht des Souveräns). Machiavelli ordnet die Ebene der Politik nicht mehr der Moral unter, sondern erklärt, die Prinzipien der Machtausübung müssen sich den Umständen anpassen. Insofern stellt sich Machiavelli mittelalterlichen Vorstellungen von Heilserwartungen, Berufungen auf Göttlichkeit und ähnlichem entgegen: Der Herrscher muss sich nicht mehr über Gott legitimieren, seine Herrschaft ist als Selbstzweck zu sehen. Religion muss keine Rolle mehr spielen, jedoch kann und soll sie zur Aufrechterhaltung der Herrschaft dienlich gemacht werden.

2.1. Vertragstheorien

In den Vertragstheorien von Thomas Hobbes (1588 - 1679) und John Locke (1632 - 1704) spiegelt sich das gestärkte Bürgertum und die allmähliche Durchsetzung des Kapitalismus wieder. Die Vertragstheorien gehen davon aus, dass der Staat im wesentlichen auf einem fiktiven "Gesellschaftsvertrag" aller Individuen beruht, d.h. auf einem Vertrag zwischen den "isolierten Einzelnen" und der allgemeinen Gewalt. Die Vertragstheorien werden auch oft als Naturrechtstheorien bezeichnet, da sie von einem menschlichen Naturzustand ausgehen.

Bei Thomas Hobbes' Konzeption des menschlichen Naturzustandes sind die Individuen als isolierte Einzelne gedacht, die bestimmt werden durch Selbsterhaltung, das Streben nach Lustgewinn und nach Macht. Der Gesellschaftsvertrag ist ein Eingeständnis dieses Naturzustandes: Die Menschen unterwerfen sich der souveränen staatlichen Gewalt, um ihren Konkurrenzkampf zu unterdrücken und eine Gemeinsamkeit zu entwickeln. Bei Hobbes gibt es nicht nur ökonomische Konkurrenz, auch Ruhmessucht ist eine Konfliktursache. Mit dem Gesellschaftsvertrag wird der Staat geschaffen, an den alle Rechte abgegeben werden. Im Gegenzug garantiert der Staat die bürgerlichen Rechte, und auch das Recht auf Widerstand, wenn der Staat keine Verbesserung der Lebenssituation herstellen kann. Hobbes gilt als erster Theoretiker der bürgerlichen Gesellschaft, da er zwischen einer öffentlichen Sphäre und einer privaten Sphäre unterscheidet. In der öffentlichen Sphäre des Staates und des Gesellschaftsvertrages werden die Ungleichheiten der privaten Sphäre ignoriert und alle Menschen als frei und gleich angesehen. Damit ist Hobbes ein Vertreter liberaler Freiheitsvorstellungen, wenn auch ein Befürworter des Absolutismus.

John Locke geht ebenfalls von einem Naturzustand aus, teilt diesen aber in zwei Phasen ein. In der ersten Phase haben die Menschen - noch vor dem Gesellschaftsvertrag - einerseits das Recht über ihre Person frei zu bestimmen, andererseits haben sie ein Recht auf das Privateigentum des Resultats ihrer Arbeit. Durch die Arbeit wird das Arbeitsprodukt der Natur entrissen und in individuelles Privateigentum übergeführt. Als Theoretiker der bürgerlichen Gesellschaft abstrahiert Locke von

Niccolo Machiavelli

Staat als
Gesellschaftsvertrag

Menschlicher
Naturzustand

Thomas Hobbes'
Gesellschaftsvertrag

John Locke



sozialer Ungleichheit und begreift (im Sinne des Bürgertums) das Resultat fremder Arbeit als Privateigentum der Kapitalisten. Entgegen Hobbes' Modell werden die Menschen bei Locke durch ihre Vernunft und ihre Interessen bestimmt. Die zweite Phase bezieht sich auf die Einführung des Geldes, mit dem die Individuen in die soziale Ungleichheit einwilligen. Einerseits liefert erst das Geld die Möglichkeit, das Resultat der Arbeit dauerhaft aufzubewahren, andererseits ist es Ausgangspunkt der Konkurrenz. Hier setzt der Gesellschaftsvertrag ein: Damit der Naturzustand nicht in einen Konflikt führt, soll der Gesellschaftsvertrag und die Schaffung einer politischen Gemeinschaft die Probleme lösen: Durch die Übertragung ihrer individuellen Rechte an den Staat verzichten die isolierten Einzelnen auf die individuelle Ausübung ihrer Rechte. Der Zweck des Staates ist - wie bei Hobbes - die Sicherung des Friedens und vor allem des Eigentums. Der Staat soll in seiner Tätigkeit festen und allgemeinen Gesetzen unterworfen werden und damit sollen auch die Gewalten (Legislative und Exekutive) geteilt werden. Die höchste Gewalt im Staat, die Legislative, soll von der Bourgeoisie auch abberufen werden können, wenn ein "Vertrauensbruch" auftreten sollte. Ebenso hat die Bourgeoisie das Recht auf Widerstand und Revolution, sollte der Staat nicht wie gewünscht handeln. Locke ist damit ein radikaler Kritiker der Monarchie, wenn auch seine Konzeption des Wahlrechts aufgrund des Ausschlusses breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere Frauen nicht gerade demokratisch ist.

Jean-Jacques Rousseau
und der gerechte
Gesellschaftsvertrag

Bei Jean-Jacques Rousseau (1712 - 1778) wird dagegen die egalitäre Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Wie auch Hobbes und Locke, geht Rousseau von einem fiktiven menschlichen Naturzustand aus, jedoch wird dieser frei von Konkurrenz gedacht, als Zustand der Freiheit und friedlichen Menschennatur. Soziale Ungleichheit und Konkurrenz sind bei Rousseau auf Privateigentum und Arbeitsteilung zurückzuführen, also auf von Menschen geschaffene Verhältnisse. Rousseau folgert daraus: "Der Mensch wird frei geboren, und überall ist er in Ketten"². Es geht bei Rousseau daher nicht mehr nur um den Gesellschaftsvertrag als solchen, sondern es geht um einen gerechten Gesellschaftsvertrag. Hobbes' Vertragskonzept wird als unsittlich abgelehnt, da es nicht die Freiheit der Individuen zum Zweck hat. Rousseaus Vertrag dagegen zielt auf eine demokratische Selbstorganisation der Menschen ab: Der Souverän bezieht sich nicht mehr auf eine Person, sondern auf den allgemeinen Volkswillen. Rousseau hat damit den Widerspruch zwischen abstrakten Allgemeininteressen und konkreten Einzelinteressen erkannt. Dennoch ist die Demokratie bei Rousseau noch kein Selbstzweck: Einerseits ist er ein aufklärerischer Denker, andererseits lehnt er Parteien und organisierte politische Formen ab, da sie seiner Ansicht nach den Widerspruch aus Einzel- und Allgemeininteressen nur weiter ankurbeln würden. Ebenso fällt bei Rousseau das Recht auf Revolution und damit auf die Schaffung neuer Verhältnisse weg.

Widerspruch zwischen
Allgemeininteressen
und Einzelinteressen

2.2. Rechtsphilosophie bei Georg W. F. Hegel

G. W. F. Hegel und die
Unterscheidung von
Öffentlichem und
Privaten

Hegel (1770 - 1831) setzt seine Analysen an der Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem an. Der Staat ist bei Hegel zweierlei: Einerseits die Vergegenständlichung der Vernunft, andererseits der Ort der gegenseitigen Anerkennung aller Individuen. Auch bei Hegel taucht der menschliche Naturzustand wieder auf, der gekennzeichnet ist vom Kampf um Anerkennung: Jedes Selbstbewusstsein der Individuen möchte von den anderen Individuen anerkannt werden. Dem steht aber beispielsweise das Verhältnis von Herr zu Knecht entgegen, bei dem sich Herr und Knecht nicht



wechselseitig als Gleiche anerkennen. Durch den modernen bürgerlichen Staat wird dieses Verhältnis, laut Hegel, aufgehoben, indem sich der Staat als Allgemeinheit setzt. Der Staat beruft sich nicht nur auf Gewalt, sondern vor allem auf Recht und Gesetz. Dies setzt die Anerkennung des Staates durch die Einzelnen voraus. Im Gegenzug erkennt der Staat die Einzelnen als Gleiche und Freie an und ermöglicht ihnen damit die Befriedigung ihres Bedürfnisses auf Anerkennung. Der Staat stehe damit für das Allgemeine gegenüber dem Besonderen (besondere Staatsteile wie Familie oder bürgerliche Gesellschaft), über das der Staat eine Einheit bilde. Zwar setzt Hegels Rechtsphilosophie bei einem Naturzustand an, er grenzt sich aber stark von den Vertragstheorien ab, die er als Illusion betrachtet.

Staat als Allgemein-
heit gegenüber dem
Besonderen

In seiner Rechtsphilosophie bezeichnet Hegel den Staat als "Wirklichkeit der sittlichen Idee"³. Hegel spielt damit auf die Idee des Staates an, die sich in jedem konkreten Staat wesenhaft ausdrücken würde: "Jeder Staat [...] hat immer [...] die wesentlichen Momente seiner Existenz in sich"⁴. Durch die Idee des Staates entwickle sich der wirkliche Staat gemäß dem Entwicklungsprozess des Weltgeistes. Nach dem Tode Hegels haben sich linke und rechte Hegelianer um die Frage gestritten, inwiefern der preußische Staat die Idee des Vernunftstaates verkörperte. Während die Rechtshegelianer das Wesen bereits im Bestehenden verwirklicht sahen, beharrten die Linkshegelianer auf dem Auseinanderfallen von Vernunft und Wirklichkeit und betonten damit auch die Veränderbarkeit des wirklichen Staates.⁵

“Wirklichkeit der
sittlichen Idee”



3. KARL MARX

DER STAAT ALS HERRSCHAFTSVERHÄLTNIS

Keine geschlossene
Staatstheorie

Karl Marx' (1818 - 1883) differenzierte Betrachtung des Staates als Herrschaftsverhältnis ist nicht als geschlossene ausgearbeitete Theorie vorhanden, sondern ist auf mehrere Randbemerkungen und Kommentare verteilt, die im Folgenden zusammengeführt werden sollen. Zwar hat Marx Pläne zu einer Schrift über den Staat gehabt, zu dieser Schrift ist er aber nicht mehr gekommen.⁶

Kritik der Hegelschen
Rechtsphilosophie

Die Überlegungen von Marx über den Staat setzen bei der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und dessen Vorstellung eines sich in der Wirklichkeit durchsetzenden Weltgeistes an. Marx erwidert, dass Familie und bürgerliche Gesellschaft nicht als Momente einer sich durchsetzenden Idee zu betrachten sind, sondern als wirkliche Teile des Staates. Der Staat basiert nicht auf einer Idee des Staates, sondern auf den realen materiellen Lebensbedingungen der Individuen. "Diese wirklichen Verhältnisse sind keineswegs von der Staatsmacht geschaffen, sie sind vielmehr die sie schaffende Macht."⁷ schreibt Marx in "Die deutsche Ideologie" von 1845.⁸

3.1. Staat und Gesellschaft

Widerspruch zwi-
schen Staat und
Gesellschaft

Marx' Staatskritik zielt darauf ab, die Vorstellung des Staates als Vertreter von Allgemeininteressen als Scheinform aufzuzeigen. Diese Scheinform verhüllt dabei den tatsächlichen Inhalt, die bürgerliche Gesellschaft. Durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der damit einhergehenden Herausbildung des bürgerlichen Staates hat sich der Staat aus dem Widerspruch von öffentlichem und privatem Leben als Widerspruch zwischen politischem Staat und Gesellschaft gebildet. Insofern handelt es sich, Marx zufolge, bei der (relativen) Trennung von Staat und Gesellschaft nicht um eine Illusion, sondern um einen Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Entstehung des politischen Staates birgt viele emanzipatorische Vorteile: So hebt der Staat die Unterschiede zwischen den Menschen (Stand, Bildung, Geburt, Religion, etc.) auf und erklärt die Individuen zu Freien und Gleichen. Insofern sieht Marx den politischen Staat als großen Fortschritt zu feudalen Verhältnissen. Andererseits findet diese Aufhebung nur auf politischer Ebene statt und ist daher keine wirkliche Aufhebung der wirklichen Unterschiede. Auf der Ebene der bürgerlichen Gesellschaft unterscheiden sich die Individuen weiterhin durch Besitz und vor allem durch ihre unterschiedliche Stellung zu den Produktionsbedingungen, die mit der Klassenspaltung im Kapitalismus zusammenhängt. Marx macht dies am Beispiel der Religion fest: Über den Staat befreien sich die Individuen von der Religion, als StaatsbürgerInnen sind sie also nicht religiös. Als Privatmenschen unterscheiden sich die Individuen notwendigerweise weiterhin über ihre Religionszugehörigkeit. Die wirklichen Unterschiede zwischen den Menschen werden durch den Staat in den Privatbereich abgedrängt, zu unpolitischen Fragen erklärt und nicht wirklich aufgehoben. Die Allgemeinheit des Staates existiert daher nur in Abgrenzung zu den weiter bestehenden Besonderheiten.

Staat hebt wirkliche
Unterschiede nur
politisch auf

StaatsbürgerInnen
und Privatmenschen

Durch den Staat werden die Individuen aufgespalten: Einerseits sind sie als StaatsbürgerInnen (citoyen) VertreterInnen der Allgemeininteressen, während sie als Privatmenschen (bourgeois) immer noch ihre privaten persönlichen Interessen vertreten können und müssen. Die politische Emanzipation ist für Marx daher nicht als allgemeine menschliche Emanzipation zu begreifen. Eine solche wirkliche Emanzipation würde voraussetzen, dass sich die Individuen in allen



Lebensbereichen als Teil der Allgemeinheit verstehen. Die Beendigung der Aufspaltung setzt damit allerdings die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise voraus.

3.2. Formbestimmtheit des Staates

In der "Deutschen Ideologie" setzt sich Marx mit der Frage auseinander, worauf die Verdoppelung der wirklichen Gesellschaft in politischen Staat und bürgerliche Gesellschaft beruht. Er analysiert dabei, dass es unter kapitalistischen Bedingungen einen engen Zusammenhang von Arbeitsteilung und Klassengegensätzen gibt. Die Spaltung der allgemeinen von den besonderen Interessen ist ein direktes Resultat der Klassengesellschaft. Damit diese Widersprüche zwischen den allgemeinen Interessen der Bevölkerung und den besonderen Interessen der KapitalistInnen nicht offen zu Tage treten, muss die herrschende Klasse ihre Interessen als Allgemeininteressen darstellen. Über den Staat werden die Interessen der KapitalistInnen (Kapitalverwertung) mit den Interessen der Allgemeinheit (allgemeines Lebensinteresse) vermittelt, d.h. das Kapitalinteresse wird durch das Allgemeininteresse hindurch ausgedrückt. Der Staat stellt somit keine wirkliche allgemeine Gemeinschaft, sondern eine "illusorische Gemeinschaft" dar.

Kapitalinteressen und
Allgemeininteressen

Dennoch ist der bürgerliche Staat keine schlichte Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise oder gar ein einfaches Werkzeug der KapitalistInnen. Gerade durch die Trennung von politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft kommt dem Staat eine relative Eigenständigkeit zu in der Zusammenhaltung der gespaltenen Klassengesellschaft. Wäre der Staat ein einfaches Werkzeug der Herrschenden, würde er als offene Gewaltherrschaft auftreten und nicht als Rechtsgleichheit proklamierende Republik. Es ist eine Besonderheit des Kapitalismus gegenüber vorkapitalistischen Produktionsweisen, dass er sich beständig selbst reproduziert ohne äußere Gewaltanwendung.⁹ Gab es im Feudalismus noch persönliche Herrschaftsverhältnisse, stellt der Kapitalismus eine unpersönliche (apersonale) Herrschaft der "Sachzwänge" dar. Diese erscheinende Freiheit und Gleichheit der Individuen ist eine wesentliche Bedingung für den freien Warenverkehr und die ungehinderte Konkurrenz.

Relative Eigenständ-
igkeit des Staates

Rechtsgleichheit als
Bedingung für freien
Warenverkehr

Der Kapitalismus neigt zu Krisen, die sich aus dem Widerspruch zwischen den kapitalistischen Verwertungsinteressen und den allgemeinen Lebensinteressen herausbilden. Gerade für die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses ist daher eine eigene, von der herrschenden Klasse getrennte, institutionalisierte Form der Gewalt notwendig. Diese Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der bestehenden Verhältnisse insgesamt ist die wesentliche Aufgabe des Staates, die überhaupt erst durch die relative Eigenständigkeit möglich ist. Der Staat kann und muss nicht nur mit der ArbeiterInnenklasse Konflikte austragen, sondern auch mit einzelnen Kapitalfraktionen.¹⁰ Er muss über die Einzelinteressen von KapitalistInnen (Erwirtschaftung von Extraprofiten) hinweggehen können, um das kapitalistische Gesamtinteresse (Erwirtschaftung eines Durchschnittsprofits) garantieren zu können. Der Staat vermittelt also nicht kapitalistische Einzelinteressen durch das Allgemeininteresse, sondern das kapitalistische Gesamtinteresse, das er als Allgemeininteresse ausdrückt. Anders ausgedrückt: Der Staat kann das Allgemeininteresse nicht unmittelbar, sondern nur in Form der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft zur Geltung bringen.

Aufrechterhaltung der
kapitalistischen
Produktionsweise



Staat als
Herrschaftsverhältnis

Damit widerspricht Marx der Anschauungsweise des Staates als eigenständigem Wesen bzw. des Staates als Instrument der herrschenden Klasse, sondern versteht ihn als Herrschaftsverhältnis im Dienste der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, das die Klassengesellschaft zur Grundlage hat. Eine neue Gesellschaft kann und darf daher nicht auf Staatlichkeit beruhen, der Staat muss als Herrschaftsverhältnis abgeschafft werden, da er der Umwälzung der Gesellschaft im Wege steht.

Das politische Feld

Dennoch bietet der Staat in seiner relativen Eigenständigkeit Raum für politische Veränderungen. Das Feld des Politischen ist ein Rahmen, in dem trotz seiner Beschränktheit, unmittelbar um Macht und Kompetenz zur Gestaltung und Bestimmung gesellschaftlicher Verhältnisse gekämpft wird. Marx und sein Mitstreiter Friedrich Engels (1820 - 1895) haben die Teilnahme an diesem Kampf immer als wichtigen Aspekt des Kampfes für eine neue Gesellschaft gesehen und sind daher vehement für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingetreten.

3.3. Politik und Bürokratie

Relative
Eigenständigkeit der
Bürokratie

Die relative Eigenständigkeit des Staates gegenüber der herrschenden Klasse illustriert Marx am Beispiel der Bürokratie. Die Bourgeoisie stellt im Kapitalismus die herrschende Klasse dar, sie verfügt über die Produktionsmittel und hat die Kontrolle über den Arbeits- und Verwertungsprozess inne. Dennoch zeigt sich, dass die Bourgeoisie den Staat nicht unmittelbar besetzt, d.h. nicht gleichzeitig regierende Klasse ist. Die Regierungsmaschinerie (als Teil des Staates) stellt einen eigenen Organismus dar, der durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung von der Gesellschaft relativ getrennt ist. Die Bürokratie, die den Staat unmittelbar besetzt, unterstreicht durch ihre zahlenmäßige Größe ihre Eigenständigkeit als gesellschaftliche Kategorie. Die Bürokratie kann durchaus eigene Interessen, gegen bestimmte Einzelinteressen oder Allgemeininteressen, vertreten und versuchen, diese mittels ihrer relativen Eigenständigkeit durchzusetzen. Der Staat kontrolliert und überwacht alle gesellschaftlichen Lebensäußerungen und greift bei Bedarf auch ein. Seine selbständige Existenz finanziert sich über Steuern, die aus allen Teilen der Gesellschaft eingenommen werden (je nach politischer Einflussnahme).



4. VON FRIEDRICH ENGELS ZU VLADIMIR I. LENIN

DER STAAT ALS INSTRUMENT DER HERRSCHENDEN KLASSE

In der staatsrechtlichen Diskussion nach Marx dominierte vor allem die Vorstellung des Staates als reinem Phänomen des Überbaus. Das von Marx in seinem "Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie" erwähnte schematische Basis-Überbau-Modell wurde häufig dahingehend interpretiert, dass es bei der Analyse der Gesellschaft ausschließlich auf die "ökonomische Basis" ankomme und die Instanzen des Überbaus als abgeleitete, nachrangige Bereiche vernachlässigbar seien. Diese einfache Betrachtung der Gesellschaft, bei der es nur um die ökonomischen Verhältnisse geht, wird oft auch als Ökonomismus bezeichnet. Zwar ist es notwendig, den Staat in seinem Zusammenhang mit den ökonomischen Verhältnissen zu untersuchen, eine alleinige Reduzierung auf diese kann die Besonderheit des Staates allerdings nicht erklären.

Staat als Phänomen des Überbaus

4.1. Friedrich Engels und das "Absterben des Staates"

Schon bei Friedrich Engels taucht in einigen Schriften eine solche Verkürzung der Darstellung auf, die mit der differenzierten Analyse bei Marx nicht mehr mithalten kann. Ging Marx noch vom Staat als einem Herrschaftsverhältnis aus, wird der Staat bei Engels auf die Niederhaltung der arbeitenden Klassen beschränkt, damit die Klassengegensätze im Zaum gehalten werden können. So sieht er die Funktion des Staates nicht in der Aufrechterhaltung der Produktionsweise, sondern erklärt, der Staat handle "in der Regel [als] Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse"¹¹. Engels möchte sich dadurch von Theoretikern abgrenzen, die im Staat einen Apparat sehen, der sich neutral gegenüber den Klassen verhält. In den Mittelpunkt werden dadurch die repressiven Organe des Staates (Militär, Polizei, etc.) gerückt. Dabei geht jedoch ein wesentlicher Aspekt des Kapitalismus verloren: Der Kapitalismus reproduziert sich ohne äußere Gewaltanwendung als unpersönliches (apersonales) Herrschaftsverhältnis. Im Kapitalismus werden die ArbeiterInnen nicht mit Waffengewalt ausgebeutet, sie fügen sich im Normalfall selbst in den Produktionsprozess ein, um ihre materiellen Lebensbedingungen zu schaffen. Ebenso vernachlässigt werden die spezifischen Formen des bürgerlichen Staates: Der Freiheit und Gleichheit schaffende Staat ist ein wichtiges Element für die allgemeine Warenproduktion und nicht nur eine illusorische Tarnung der kapitalistischen Klassenherrschaft.

Staat als Instrument der ökonomisch mächtigsten Klasse

Kapitalismus als unpersönliches Herrschaftsverhältnis

Besonders einfach macht es sich Engels mit der Rolle des Staates in einer neuen Gesellschaft. So erklärt er, dass im Zuge der Umwälzung des Kapitalismus mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel automatisch der Staat "absterben" würde: "Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzerobernahme der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, *er stirbt ab*." ¹² Engels blendet hier die wesentlichen Fragen aus: Inwiefern unterscheidet sich eine "Verwaltung von Sachen" von der fremdbestimmten Arbeitsteilung im Kapitalismus? Wie kann der Staat eine emanzipatorische Rolle einnehmen, wenn er (wie Marx sagt) ein Herrschaftsverhältnis zur Aufrechterhaltung und Regulation des Kapitalismus darstellt? Was ist überhaupt mit dem "Absterben des Staates" gemeint?

Absterben des Staates durch Verstaatlichung der Produktionsmittel



4.2. Die Diskussion in der II. Internationale

Staat als Mittel
menschlicher
Emanzipation

In der sozialdemokratischen Zweiten Internationale und bei deren wichtigsten Vertretern Karl Kautsky (1854 - 1938) und August Bebel (1840 - 1913) geht die Kritik am Staat und der Form der Politik im Kapitalismus völlig unter. Der Staat wird fast ausnahmslos als Mittel der menschlichen Emanzipation betrachtet: Sozialismus wird hier mit der Eroberung der Staatsmacht und seiner Nutzbarmachung für das Proletariat gleichgesetzt. Kritisiert wird nicht mehr die Form Staat an sich, sondern nur die Personen, die an den Schalthebeln des Staates sitzen. Bei den rechten Vertreter(Inne)n der Sozialdemokratie, wie etwa Ferdinand Lassalle (1825 - 1864) oder Eduard Bernstein (1850 - 1932), wird darüber hinaus systematisch jedes kritisches Element auch bei der Analyse des Kapitalismus weggeblendet: Die Kritik der politischen Ökonomie von Marx wird nicht mehr als Kritik im Sinne einer Abschaffung des Kapitalismus verstanden, sondern vielmehr als Theorie über Möglichkeiten zur besseren Verteilung der Einkommen. Lohnarbeit, Warenproduktion und Kapital werden damit nicht mehr als abzuschaffende Kategorien aufgefasst, die einer neuen Gesellschaft im Wege stehen. Unterstützt wurden diese Ansichten rechter SozialdemokratInnen vor allem durch die positive wirtschaftliche Entwicklung zur Jahrhundertwende, aufgrund der sich Ansichten von einem ständig steigenden Wohlstand auch für die ArbeiterInnenklasse im Aufwind befanden.

Austromarxismus

Eine Besonderheit stellt der austromarxistische Weg der wichtigsten Vertreter Otto Bauer (1881 - 1938), Viktor Adler (1852 - 1918) und Friedrich Adler (1879 - 1960) dar, der neben dem unmittelbaren Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats mittels sozialen Reformen die Perspektive auf die Umwälzung der Gesellschaft nicht außer Acht lassen wollte. Doch auch hier (wie bei Friedrich Engels) wurde der Weg menschlicher Emanzipation teilweise über den Staat gesucht.

Rosa Luxemburgs
Theorie über den
Klassenkampf

Die Notwendigkeit einer neuen Gesellschaft jenseits von Staatlichkeit wird in der Zweiten Internationale besonders von Rosa Luxemburg (1870 - 1919) hervorgehoben. Die Sozialdemokratie solle sich ihrer Ansicht nach nicht nur auf das vom Staat eröffnete Feld des Politischen einlassen und ihre Organisation auf die Überwindung des Kapitalismus ausrichten. Die Trennung der Partei in Partei und Gewerkschaft stehe diesem Ziel besonders im Wege, da es sich eine dem Kapitalismus konforme Arbeitsteilung handle: Die Partei kümmere sich nur um den Parlamentarismus, die Gewerkschaft nur um gewerkschaftliche Anliegen wie Lohnerhöhungen. Sinnvoller wäre eine Zusammenlegung, mit der man sich auch auf eine Ausweitung des Klassenkampfes konzentrieren könnte.

Lenins "Staat und
Revolution"

4.3. Vladimir I. Lenin und die III. Internationale

Am Vorabend der Russischen Revolution von 1917 verfasste Vladimir I. Lenin (1870 - 1924) eine Schrift über das Verhältnis von "Staat und Revolution", in der er seine Untersuchung über den bürgerlichen Staat vor allem an den Aussagen von Friedrich Engels ausrichtet. So fasst er den Staat als Instrument der herrschenden Klasse auf, das im direkten Dienste der KapitalistInnen handeln würde. Im Gegensatz zu vielen Vertretern der II. Internationale warnt er - in Anlehnung an Marx und Engels, die dies stets betonten - vor einer einfachen Übernahme des Staatsapparats und schlägt eine "Zerschlagung" des Staatsapparats und die Errichtung der "Diktatur des Proletariats" (im Gegensatz



zur Diktatur der Bourgeoisie) vor. Es stellt sich allerdings die Frage inwieweit die "Diktatur des Proletariats" bei Lenin nicht einfach eine andere Form von Staatlichkeit darstellt. Auch Lenin setzt nämlich die Verstaatlichung kapitalistischer Unternehmen mit der Errichtung des Sozialismus gleich.¹³

Verstaatlichung und
Sozialismus

In seinen ökonomischen Analysen erklärt Lenin, Marx hätte im "Kapital" nur den Kapitalismus im Stadium der Konkurrenz untersucht. Zu Lenins Zeit sei der Kapitalismus allerdings in ein neues Stadium, das Stadium des "Imperialismus" eingetreten, das vom "Monopolkapitalismus" geprägt sei. Marx hätte diesen Wandel nicht erkannt und müsse nun aktualisiert werden.¹⁴ In Anlehnung an den deutsch-österreichischen Sozialdemokraten Rudolf Hilferding (1877 - 1941) spricht Lenin von einer "Verschmelzung des Bank- und des Industriekapitals" zum "Finanzkapital", weshalb nicht nur immer weniger Konkurrenz stattfinden würde, sondern auch der Staat immer mehr im Dienste einiger weniger Finanzkapitalist(Inne)n stünde. Lenin ebnet damit die Besonderheiten des Kapitalismus ein (Relative Trennungen von Staat und Gesellschaft, sowie von Politik und Ökonomie) und lässt diese im "Monopolkapitalismus" verschwimmen. Den "Imperialismus" versteht er als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus, in dem die kapitalistischen Unternehmen durch ihre Monopolisierung völlig konzentriert werden und in einer durchzuführenden Revolution rasch verstaatlicht werden könnten.

Monopolkapitalismus
und "Finanzkapital"

Die instrumentelle Staatsauffassung ist mit zahlreichen Problemen verbunden: Wenn der Staat im direkten Interesse der KapitalistInnen agiert, stellt sich die Frage, warum diese nicht gleich eine direkte Klassenherrschaft ohne bürgerliche Freiheit und Gleichheit errichten. Auch kann nicht erklärt werden, was es mit dem Sozialstaat auf sich hat. Im Anschluss an Lenin müsste davon ausgegangen werden, dass es sich bei der Rechtsgleichheit und sozialstaatlichen Maßnahmen ausschließlich um Tarnungen, Verschleierungen oder Betrugsmanöver zur Niederhaltung des Proletariats handle. Ebenso lässt sich die Funktion des Staates als Regulativ der kapitalistischen Produktionsweise nicht erklären: Wenn der Staat ein Instrument einer Klasse darstellt, warum kann er dann - wie man Lenin zustimmen muss - nicht im Interesse einer "Diktatur des Proletariats" eingesetzt werden? Die instrumentelle Staatsauffassung wirft damit mehr Fragen auf als sie beantworten kann.¹⁵

Probleme
instrumenteller
Staatsauffassungen



5. ANTONIO GRAMSCI UND LOUIS ALTHUSSER HEGEMONIE-THEORIE UND DIE IDEOLOGISCHE KOMPONENTE DES STAATES

Mit den Ansätzen von Antonio Gramsci (1891 - 1937) und Louis Althusser (1918 - 1990) verschiebt sich die Bedeutung des Staatsbegriffs. Trotz ihrer unterschiedlichen Wirkungszeiträume haben Gramsci und Althusser eine Gemeinsamkeit: Sie fassen den Staat als Stätte der Reproduktion des Kapitalismus und bringen damit die Bedeutung der Hegemonie (Gramsci) und der Ideologie (Althusser) in einen neuen, erweiterten Staatsbegriff ein. Im Folgenden sollen ihre Ansätze betrachtet werden.

5.1. Antonio Gramsci und die Theorie der Hegemonie

Während seiner Inhaftierung (1926 - 1937) unter der faschistischen Herrschaft Mussolinis, befasste sich Gramsci vorrangig mit den unterschiedlichen revolutionären Entwicklungen in Europa. Während 1917 die Revolution in Russland siegte, blieb eine ähnliche Entwicklung in Westeuropa aus; ganz im Gegenteil kamen in vielen westeuropäischen Ländern die Faschisten an die Macht. Gramsci stellte fest, dass der Kapitalismus im Westen viel stabiler und widerstandsfähiger gegen revolutionäre Bemühungen war und führte dies auf unterschiedliche Gestaltungen des gesellschaftlichen Überbaus zurück. Diesen teilt er in zwei Bereiche ein: Einerseits umfasst der Überbau die politische Gesellschaft, worunter er die Regierungsmaschinerie und die Zwangsapparate (Militär, Polizei, Justiz, etc.) fasst. Der zweite Bereich wird von der Zivilgesellschaft (*società civile*) gebildet, einer komplexen Ansammlung von Institutionen wie Schulen, Medien, Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien, sowie Ideologien und Praktiken. Der Zivilgesellschaft kommt eine besondere Bedeutung zu als Ort, wo von der herrschenden Klasse ein kultureller und ideologischer Konsens mit den arbeitenden Klassen hergestellt wird. Die Trennung zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist für Gramscis Analysen zentral¹⁶, da sie aufzeigt, dass dem Staat nicht nur die Funktionen von Zwang, Repression, Herrschaft und Macht zukommen, sondern auch die Organisation von Konsens und Hegemonie. Gramsci bezeichnet diese Staatsauffassung als den "integralen Staat": "Hegemonie, gepanzert mit Zwang". In dieser Rolle fungiert der Staat auch als Erzieher, der die Individuen fortwährend an den Produktionsprozess und dessen Erfordernisse anpasst.

Mit dieser Analyse erklärt sich Gramsci auch das Ausbleiben der Revolution: In Russland und Westeuropa hatten die Zivilgesellschaften unterschiedliche Rollen und Bedeutungen. In Russland war die Zivilgesellschaft eher schwach, der russische Zar stützte sich vor allem auf die politische Gesellschaft und deren Zwangsapparate. Die revolutionäre Taktik konnte sich daher auf die alleinige Eroberung der politischen Gesellschaft konzentrieren, die Gramsci als "Bewegungskrieg" bezeichnet. Im Unterschied zu Russland war und ist die Zivilgesellschaft in Westeuropa sehr stark und die kapitalistische Produktionsweise weit entwickelt. Hier funktionierte die Zivilgesellschaft wie ein komplexes Grabensystem aus vielen verschiedenen Apparaten, in denen ein freiwilliger Konsens der Beherrschten zur Erhaltung der bestehenden Verhältnisse vorherrschte. Der Bewegungskrieg ist daher die falsche Taktik, ein Stellungskrieg im Sinne eines umfassenden Klassenkampfes gegen die Hegemonie, in dem die einzelnen Gräben stückweise erobert werden, ist zielführender. Die verschiedenen Strukturen eines entwickelten Kapitalismus und eines unterentwickelten Kapitalismus erfordern gänzlich andere Strategien. Ein entwickelter Kapitalismus erfordert den Klassenkampf in alle Lebensbereiche zu tragen, um die herrschende Hegemonie zurückdrängen

Reproduktion des
Kapitalismus und er-
weiterter Staatsbegriff

Integraler Staat =
politische Gesellschaft
und Zivilgesellschaft

Organisation von
Konsens und
Hegemonie

Bewegungskrieg vs.
Stellungskrieg



zu können und eine neue Hegemonie der unterdrückten Klassen mit neuen Normen, Werten und einer neuen Kultur zu schaffen.

5.2. Louis Althusser und die Konzeption ideologischer Staatsapparate

Louis Althusser entwickelt in seiner Auseinandersetzung mit der Konzeption einer dialektischen Gesellschaftstheorie bei Marx eine Theorie des Überbaus als einem strukturierten Ganzen mit verschiedenen Instanzen, die sich in relativer Eigenständigkeit gegenüberstehen. Er erklärt, dass das Basis-Überbau-Modell bei Marx nicht ausreicht um die Funktionsweise der Überbauten zu verstehen, da sie dabei nur in ihrer Abhängigkeit von den ökonomischen Verhältnissen gezeigt werden. Für eine genaue Analyse müssten die Überbauten von der Seite der Reproduktion des Kapitalismus betrachtet werden.

Althusser geht davon aus, dass eine Gesellschaftsformation die Bedingungen ihrer Reproduktion fortwährend wiederherstellen muss. Damit sind vor allem die Produktionsverhältnisse und die von ihnen organisierten Produktivkräfte gemeint, insbesondere die Reproduktion der Arbeitskraft. Diese Reproduktion funktioniert Althusser zufolge in erster Linie durch die ideologische Unterwerfung der Beherrschten. Ideologie besteht für Althusser nicht aus einer Ansammlung bestimmter Ideen und Vorstellungen, sondern vielmehr aus einem System von Praktiken: Ideologie hat eine Materialität, die ausgedrückt wird durch die Praxis der Staatsapparate.

Althusser sieht das Fehlen einer umfassenden Staatstheorie bei Marx und der marxistischen Theorie als große Lücke an. In der bisherigen Debatte sei der Staat immer nur als geschlossener Repressionsapparat im Dienste der herrschenden Klasse gesehen worden. Dem Staatsbegriff müsse dabei etwas hinzugefügt werden: Einerseits müsse unterschieden werden zwischen der Staatsmacht (Machtausübung zur Gestaltung der bestehenden Verhältnisse) und dem Staatsapparat. In Anlehnung an Gramsci und den "integralen Staat" muss der Staatsapparat selbst nochmals unterschieden werden in den repressiven Staatsapparat (RSA) und die ideologischen Staatsapparate (ISAs). Die Reproduktion des Kapitalismus vollzieht sich in beiden Bereichen des Staates, wobei die ISAs die Arbeit des RSA mit anderen Mitteln, mit Mitteln der ideologischen Unterwerfung, fortsetzen.

Die ISAs arbeiten voneinander unabhängig, stellen aber ein vielfältiges, wenn auch widersprüchliches System zur Reproduktion der Produktionsverhältnisse dar. Als ISAs versteht Althusser den religiösen ISA (Kirchen), den schulischen ISA (Kindergarten, Schule, Uni, Fachhochschulen, etc.), den familiären ISA, den juristischen ISA (Recht und Justiz), den politischen ISA (politisches System, Parteien, Vereine, etc.), den gewerkschaftlichen ISA, den ISA der Information (Medien aller Art) und den kulturellen ISA (Kunst, Kultur, Literatur, etc.).¹⁷ In ihrer Gesamtheit werden die ISAs durch die herrschende Ideologie vereinheitlicht und gerade durch diese Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der ISAs tragen sie alle zur Reproduktion bei. Althusser geht davon aus, dass jede Gesellschaftsformation ihre herrschende Ideologie auf einem primären ISA aufbaut: War es in der vorkapitalistischen Zeit die Kirche, baut der Kapitalismus auf den schulischen ISA, wo die Arbeitskraft die notwendigen Qualifikationen, Regeln und Ordnungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eingeübt bekommt.

Rolle der Überbauten als Orte der Reproduktion

Reproduktion durch ideologische Unterwerfung

Materialität der Ideologie in den Staatsapparaten

Repressive und ideologische Staatsapparate



Mit dieser Konzeption überwindet Althusser das Basis-Überbau-Modell und kann die enge Verbindung des Staates zu den einzelnen Überbauten und den ökonomischen Verhältnissen darstellen. Die Gesellschaftsformation ist nicht mehr nur als Verhältnis von Basis und Überbau zu verstehen, sondern als strukturiertes Ganzes mit relativ autonomen Instanzen (die in letzter Instanz von den ökonomischen Verhältnissen bestimmt werden). Diese Konzeption erlaubt es Althusser eine tiefgehende Ideologietheorie zu entwerfen, die allerdings im Rahmen dieses Textes nicht dargestellt werden kann.¹⁸ Wie auch schon bei Gramsci verschiebt sich der Klassenkampf damit vom Feld des Ökonomischen und des politischen Staates auf die ideologischen Verhältnisse. In Anspielung auf sowjet-marxistische Theorien, die auf eine Verschmelzung von Staat und Partei abzielen, betont Althusser die Wichtigkeit des Kampfes gegen den Staat und besonders gegen die bürgerliche Vorherrschaft in den ISAs. Dazu ist eine Eigenständigkeit der Partei unumgänglich.

In der staatsrechtlichen Debatte wurde Althusser der Focus auf die Reproduktion vorgeworfen, da er sich nur auf die Funktionen des Staates konzentrierte und damit einerseits die spezifische Form des Staates im Kapitalismus, sowie die staatsüberwindende Perspektive vernachlässigte. In späteren Ausarbeitungen seiner Theorien betonte er daher immer das Primat des Klassenkampfes gegenüber der Struktur des Staates. Ein weiterer häufiger Vorwurf bezieht sich auf die Frage, wo eigentlich noch die Grenzen des Staates liegen, wenn alle Elemente der Reproduktion automatisch zum Staat gezählt werden. Diesen Problemen hat sich in weiterer Folge vor allem Nicos Poulantzas (1936-1979) angenommen, dessen Staatstheorie in Kapitel 7 eine ausführliche Darstellung zukommt.



6. DIE STAATSABLEITUNGSDEBATTE DER STAAT DES KAPITALS

Die sogenannte "Staatsableitungsdebatte" wurde zu Beginn der 1970er Jahre in Deutschland geführt. Bei der "Ableitung" des Staates ging es darum, mittels Formanalyse das "Wesen" des kapitalistischen Staates herauszufiltern, das sich unabhängig von konkreten Bedingungen und historischen Umständen in jedem Staat ausdrücken würde. Die VertreterInnen der Staatsableitung stützten sich dabei auf die dialektische Methode der Kritik der politischen Ökonomie von Marx und versuchten allgemeine Formgesetze des Staates zu formulieren.

Allgemeine
Formgesetze
des Staates

Ein wichtiger Vorläufer der Staatsableitungsdebatte ist der russische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis (1892 - 1937), der in seinem 1924 erschienen Buch "Allgemeine Rechtslehre und Marxismus" die Form Recht aus den Widersprüchen der Warenform ableiten möchte: Der Widerspruch zwischen ungleichem Privatmensch und rechtlich gleichem bzw. gleicher StaatsbürgerIn entspreche dem Widerspruch aus Gebrauchswert und Tauschwert. So wie die Warenform die Einheit über Gebrauchswert und Tauschwert bildet, bilde die Rechtsform die Einheit über den Widerspruch aus Einzel- und Allgemeininteressen. Erst durch den Warenaustausch kann sich Paschukanis zufolge die Rechtsform entwickeln: Im Warentausch wird das ungleiche Verhältnis zwischen KapitalistIn und ArbeiterIn rechtlich gleich gestellt und damit die Rechtsform geschaffen. Gegen die instrumentelle Staatsauffassung Lenins kann Paschukanis mit dieser Analyse die (relative) Trennung von Gesellschaft und Staat erklären. Zwar ist damit eine wichtige Formbestimmtheit des Staates offengelegt, unklar bleibt bei dieser Konzeption allerdings die Rolle der Produktionsverhältnisse und der Klassenkämpfe. 1937 wurde Paschukanis, als führender sowjetischer Rechtstheoretiker, zum "Volksfeind" erklärt und fiel einem stalinistischen Justizmord zum Opfer.

Eugen Paschukanis
und der Zusammen-
hang von Rechtsform
und Warenform

Die Staatsableitungsdebatte hat nicht unmittelbar an Paschukanis angeschlossen, ist jedoch zu ähnlichen Erkenntnissen gekommen. Der Staat sollte nicht mehr nur über seine Funktionen definiert und analysiert werden, seine Form müsse in den Mittelpunkt gerückt werden, da diese den Funktionen voranginge. Für die Staatsanalyse bedeutet das: Der Staat ist nicht Klassenstaat als Instrument der herrschenden Klasse, sondern weil er die Ungleichheit der WarenbesitzerInnen als Recht produziert. Das Allgemeininteresse (Freiheit und Gleichheit, etc.) wird nur in den Formen der Ungleichheit ausgedrückt. Aus dieser Form ergibt sich die Funktion des Staates, das Kapitalverhältnis aufrecht zu erhalten, da dieses selbst die Grundlage des Staates bildet. Damit ist der Staat, wie Johannes Agnoli (1925 - 2003) schreibt, immer Staat des Kapitals.¹⁹

Form vor Funktionen

Ausdruck der
Allgemeininteressen
in Formen der
Ungleichheit

Staat des Kapitals

Ziel der Staatsableitungsdebatte, die in einer Fülle von Beiträgen auch viele widersprüchliche Ergebnisse produziert hat, war den Staat wieder als Herrschaftsverhältnis zu konzipieren und so die Unmöglichkeit von sozialer Emanzipation über den Staat darzulegen. Damit schließen viele VertreterInnen der Debatte wieder an Erkenntnisse von Marx an, jedoch bleiben auch hier viele Fragen unbeantwortet. Unklar ist, wie das Feld des Politischen aussieht und welchen Spielraum staatliche Politik hat. Ebenso liegt der Raum für Klassenkämpfe im Dunkeln, sowie die Rolle der Staatsapparate. In der weiteren staatsrechtlichen Debatte wurde daher versucht, den Staat als komplexes Verhältnis zu fassen, als Gesamtheit aus Strukturen, Beziehungen und Kräfteverhältnissen um diesen Defiziten Rechnung zu tragen.

Unklarheiten bzgl.
politischem Feld,
Klassenkämpfen und
Staatsapparaten



7. NICOS POULANTZAS

DER STAAT ALS MATERIELLE VERDICHTUNG EINES KRÄFTEVERHÄLTNISSSES

Nicos Poulantzas (1936-1979) ist, ausgehend von Analysen zur kapitalistischen Klassengesellschaft, der erste marxistische Theoretiker, der versucht eine umfassende Staatstheorie zu entwickeln. Er untersucht sowohl Form und Funktion des kapitalistischen Staates und entwickelt damit verschiedene staatstheoretische Ansätze weiter. Poulantzas stützt sich dabei auf mehrere Themen: Die relativen Trennungen von Staat und Ökonomie bzw. Staat und Gesellschaft erklärt er sich aus der Besonderheit der kapitalistischen Produktionsweise als strukturiertem Ganzen aus politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnissen. Diese Trennungen führt er auf die spezifische Materialität des Staates zurück, der aufgrund seiner ständigen Umkämpftheit nicht als starre Struktur, sondern vielmehr als Verhältnis begriffen werden muss.

7.1. Probleme marxistischer Staatstheorie

Kritik der
instrumentellen und
der technizistischen
Staatsauffassung

Gegen die instrumentelle Staatsauffassung hebt Poulantzas hervor, dass der Staat nicht auf politische Herrschaft (Staatsmacht) reduziert werden kann, die von der herrschenden Klasse beliebig manipuliert werden könne. Hier wird der Staat nur als Klassendiktatur betrachtet, die materielle Struktur des Staates bleibt unbeachtet. Der Staat lässt sich auch nicht beschränken auf bestimmte technische oder gesellschaftliche Verwaltungsfunktionen. In der technizistischen Staatsauffassung wird der Staat ebenfalls als Instrument begriffen, es komme nur darauf an, wer die Schalthebel betätigt. Poulantzas erkennt, dass zwischen der instrumentellen und der technizistischen Auffassung kaum Unterschiede bestehen, da es beiden nur um die Erneuerung einer schlechten Elite gegen eine "bessere" Elite geht.

Abgrenzung von der
Staatsableitung

Auch von der Staatsableitungsdebatte grenzt sich Poulantzas ab. Diese fasst den Staat als ideologischen Mechanismus auf, der mit der Kapitallogik einhergeht. Der Staat ist hier nur dafür zuständig aus den Individuen TrägerInnen der kapitalistischen Rechtsverhältnisse zu machen, damit sich diese reibungslos in den Akkumulationsprozess eingliedern. Wenn der Staat nur auf diese Funktion beschränkt wird, müssten Besonderheiten und historische Entwicklungen von Staaten ebenfalls aus den ökonomischen Funktionen und der Kapitallogik abgeleitet werden, wodurch staatstheoretische Fragen nicht mehr beantwortet werden können: Wie gestalten sich die Verhältnisse von Staat - Gesellschaft - Ökonomie, Staat - Klassenkampf, etc.? Warum drücken sich diese Verhältnisse im Nationalstaat aus? Ebenso unklar bleibt die Bedeutung der Produktionsverhältnisse: Wie lässt sich die Umkämpftheit der Produktionsverhältnisse erklären, wenn diese auf eine bestimmte Kapitallogik zurückzuführen sind? Für Poulantzas bedeuten die Erklärungsmuster, die auf eine "Kapitallogik" zurückgreifen einen Rückfall in traditionelle (hegelianische) Konzeptionen, die von sich in der Wirklichkeit ausdrückenden abstrakten Ideen ausgehen.

7.2. Die Materialität des Staates

Materielles Gerüst
des Staates

Der Staat stellt bei Poulantzas ein materielles Gerüst dar, das sich nicht in der Staatsmacht erschöpft. Die politische Herrschaft ist ein Teil der Materialität, die sich in das Gerüst des Staates eingeschrieben hat. Dieses Gerüst besteht aus verschiedenen Strukturen, (repressiven, politischen, ideologischen und ökonomischen) Apparaten und Institutionen, die unterschiedliche widersprüchliche Funktionen ausüben und Bestandteil eines ständigen Klassenkampfes sind. Dazu gehört auch die relative institutionelle Trennung von Politik und Ökonomie. Die Grundlage hierfür sieht Poulantzas in den Produktionsverhältnissen und bei der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Diese ökonomischen



Verhältnisse setzen sich aus verschiedenen Elementen zusammen, bei denen der Staat eine wichtige Rolle spielt: Arbeitskraft, Produktionsmittel, Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse, Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln, Aneignung der Arbeitsprodukte durch die KapitalistInnen, Kontrolle der KapitalistInnen über den Arbeitsprozess, Arbeitsteilung zwischen Kopfarbeit und Handarbeit, und vieles mehr. In die Produktionsverhältnisse spielen immer auch politische und ideologische Komponenten hinein: So ist etwa der Arbeitsvertrag als Ausdruck der Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln, auch mit staatlichen, juristischen, ideologischen Bestimmungen verbunden. Die relative Trennung von Staat und Ökonomie ist als widersprüchliches Resultat von Klassenwidersprüchen und Klassenauseinandersetzungen zu begreifen.

Relative Trennung von Staat und Ökonomie als widersprüchliches Resultat von Klassenkämpfen

Der Staat steht den Klassen und den Klassenkämpfen nicht äußerlich gegenüber, sondern ist ein Bestandteil dieser Auseinandersetzungen. Die staatlichen Maßnahmen sind daher auch nicht als kapitalgetreue Interessensverwirklichung zu verstehen, sondern als Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses. Dieses muss untersucht werden, um den Staat in seiner Gesamtheit analysieren zu können.

Staat und Klassenkämpfe

7.3. Die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses

Für Poulantzas steht der Klassencharakter des Staates nicht in Frage. Form und Funktionalität des Staates sind immer mit den allgemeinen Interessen des Kapitals vermittelt, dennoch ist die Bourgeoisie nicht immer über die staatliche Politik erfreut. Um die langfristige Sicherung der Kapitalinteressen durch den Staat erklären zu können, ruft Poulantzas den Staat als Verhältnis in Erinnerung, analog zur Konzeption des Kapitals als Verhältnis durch Karl Marx. Der Staat darf "nicht als ein in sich abgeschlossenes Wesen begriffen werden [...], sondern, wie auch das ‚Kapital‘, als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt."²⁰

Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen

Mit dieser Konzeption kann Poulantzas auch die relative Autonomie des Staates gegenüber den herrschenden Klassen erklären. Als Verhältnis ist der Staat nicht mehr als einheitlicher Block zu sehen, sondern als "materielle Verdichtung", in der verschiedene Interessen zum Ausdruck kommen. Auch die herrschenden Klassen können damit nicht mehr als einheitlicher Block gefasst werden, vielmehr muss von einem "Block an der Macht" ausgegangen werden. Dieser Block ist ein durchaus widerspruchsvolles Bündnis, in dem zwar eine Fraktion die Hegemonie (Vorherrschaft) innehaben kann, jedoch muss diese hegemoniale Fraktion ein Modell für die Akkumulation und Regulation der Gesellschaftsformation anbieten, das einerseits für den gesamten Block, andererseits auch für die unterdrückten Klassen möglichst mehrheitsfähig ist. Der Staat schafft also die politische Einheit der herrschenden Klassen, die daher nicht immer festgelegt ist, sondern erst in Auseinandersetzungen entsteht - ebenso wie es keine vorgefertigte politische Linie der unterdrückten Klassen gibt.

Relative Eigenständigkeit des Staates

Block an der Macht

Staat schafft politische Einheit der herrschenden Klasse

Die Struktur des Staates geht den Klassen und Klassenkämpfen daher nicht voran, sondern ist - als Verhältnis - Bestandteil dieser Kämpfe. Der Staat stellt für diese Auseinandersetzung ein umkämpftes Feld dar, das sich in Form verschiedener politischer, ideologischer und ökonomischer Apparate darstellt: Regierung, Ministerien, Kammern, Bund, Länder, Gemeinden, Parteien, Vereine, Sozial Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, und vieles mehr.

Staat schafft politisches Feld



Desorganisation und Individualisierung der unterdrückten Klassen

Die Gesamtinteressen der Bourgeoisie ("Block an der Macht") können nicht einfach gegen die unterdrückten Klassen durchgesetzt werden. Wesentliche Bestandteile der Funktionen des kapitalistischen Staates sind daher die fortgesetzte Desorganisierung und Individualisierung der unterdrückten Klassen, indem ihre ökonomische Vereinzelnung durch die ökonomischen Funktionen des Staates aufrecht erhalten wird und über die Herstellung von Kompromissen mit Teilen der unterdrückten Klassen eine tragfähige Hegemonie hergestellt wird. Das Verhältnis der einzelnen Fraktionen des Machtblocks zu Teilen der unterdrückten Klassen entspricht großen Bruchlinien im Machtblock. Der Staat kann mitunter zugunsten bestimmter Machtkonstellationen politische Maßnahmen auch gegen einzelne Kapitalfraktionen durchsetzen, um Teile der unterdrückten Klassen ins Boot zu holen. So ist beispielsweise die oft auch von Gewerkschaften vertretene Logik der Standortsicherung nicht auf fehlende Erkenntnis der eigenen Interessen zurückzuführen, sondern hat auch materielle Ursachen in der Einbindung der Arbeitenden in Unternehmensstrategien oder etwa in der nationalen und internationalen Konkurrenz unter den Arbeitenden.

Klassenkämpfe und das Gerüst des Staates

Die Klassenkämpfe sind in das materielle Gerüst des Staates eingeschrieben. So auch die erfolgreichen Kämpfe des Proletariats um soziale Reformen, die nicht nur als Erfolg des Proletariats bestehen, sondern auch immer mit dem kapitalistischen Gesamtinteresse (mitunter gegen einzelne Kapitalfraktionen) vermittelt sind. Marx hat dies am Beispiel der Verkürzung des Arbeitstages in England dargestellt: Die Verkürzung des Arbeitstages bringt eine Steigerung der Lebensqualität für das Proletariat mit sich, andererseits hat dies auch positive Auswirkungen auf den kapitalistischen Produktionsprozess insgesamt durch Steigerung von Produktivität und Intensität der Arbeit.

Umkämpftheit ökonomischer Staatsaufgaben

7.4. Staat und Ökonomie

Dass der Staat eine wichtige Bedeutung für die Bedingungen von Reproduktion und Regulation der kapitalistischen Produktionsweise hat, wurde schon oftmals betont. Bei Poulantzas handelt es sich dabei nicht um immerwährend gleichbleibende Funktionen, sondern um stets umkämpfte Aufgaben, die sich mit der Entwicklung der ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse und den Klassenkämpfen verändern. Die ökonomischen Funktionen entsprechen immer einer bestimmten Strategie des jeweiligen Blocks an der Macht und sind damit Ausdruck eines Kräfteverhältnisses innerhalb der Kapitalfraktionen und zu den unterdrückten Klassen.

Darin liegt auch die Ursache dafür, dass sich ökonomische Funktionen verschieben können. Ehemals staatliche Bereiche können mit der Zeit zu privatkapitalistischen Bereichen werden, wenn sie versprechen einen Durchschnittsprofit abzuwerfen (Sozialversicherung, Bildungsbereich, Öffentlicher Verkehr, etc.). Es kann allerdings auch passieren, dass ehemals privatkapitalistische Bereiche wieder in die ökonomische Verwaltung des Staates gelegt werden, wenn Einzelkapitale dem gesamtkapitalistischen Interesse zuwiderlaufen (wie etwa bei der britischen Eisenbahn, die durch Herunterwirtschaftung nicht mehr den Mindeststandards entspricht und jetzt teilweise wieder verstaatlicht wurde).

Dennoch wäre es falsch die ökonomischen Funktionen des Staates auf langfristiges Planen und Handeln des Kapitals zurückzuführen, da sehr oft auch ökonomische Funktionen durch Klassenkämpfe von unten aufgezwungen werden.



7.5. Staat und Nation

Poulantzas beschäftigt sich auch mit dem Zusammenhang von Staat und Nation und mit der Frage, warum sich der kapitalistische Staat als Nationalstaat darstellt. Er kommt zur Erkenntnis, dass der Staat deshalb auf Grundlage der Nation funktioniert, da diese zur Verankerung seiner Macht in der Gesellschaft wird. Die moderne Nation nimmt in den Staatsapparaten Gestalt an und der Staat sichert dadurch - als Nationalstaat - Herrschaft und Kontrolle über Raum und Zeit.

Frage des
Nationalstaates

Poulantzas erkennt, dass jede Produktionsweise mit unterschiedlichen Raum- und Zeitbeziehungen (Matrizen) verbunden ist. Die kapitalistische Produktionsweise erfordert Raumbeziehungen, in denen Grenzen genau definiert werden können und in denen es ein definiertes Innen und Außen gibt. Die nationalen Grenzen und die Schaffung eines nationalen Territoriums und eines Volkes sind in diese Raummatrix ebenso eingeschrieben, wie die Bewegungen des Kapitals und ihre erweiterte Reproduktion. Der Nationalstaat verwirklicht so die Einheit der Individuen eines "Volkes" und der Nation.

Kapitalistische Raum-
und Zeitbeziehungen

Territorium und Volk

Kapitalistische Produktionsverhältnisse setzen ebenfalls bestimmte Zeitbeziehungen voraus. Im Gegensatz zu vorkapitalistischen Produktionsweisen erfordern kapitalistische Arbeitsteilung, Maschinerie und große Industrie eine einheitliche, in gleiche Momente unterteilte Zeit. Die kapitalistische Zeitmatrix materialisiert sich im staatlichen Gerüst und den Apparaten (Bürokratie, Schule, Gefängnis, etc.), ebenso wie sie von den einzelnen Subjekten verinnerlicht wird. Damit geht auch ein neues Verständnis von Geschichte und Tradition einher. Tradition deckt sich mit der Aufeinanderfolge von Momenten, die eine - vom Staat mitgeschaffene - nationale Geschichte produzieren. Staat und Nation begründen darauf ihre Legitimität. Auch die Schaffung einer Nationalsprache ist mit dem Staat verbunden, da dieser die Sprache Regeln und Normen unterwirft.

Zeitbeziehungen

Tradition und Sprache

Die Raum- und Zeitbeziehungen, deren Kreuzungspunkte Territorium, Tradition und Sprache die moderne Nation ausmachen, sind bei Poulantzas auf Klassenkämpfe zurückzuführen. Die moderne Nation ist damit nicht eine Schöpfung der Bourgeoisie, sondern ist von der Entwicklung und Fraktionierung der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, sowie durch die Beziehungen des Proletariats zur Bourgeoisie geprägt. Die Nation ist damit in den Staat - als Verhältnis - eingeschrieben: Der Nationalstaat organisiert die Bourgeoisie als herrschende Klasse.

Staat und Nation

7.6. Der autoritäre Etatismus als neue Phase staatlicher Organisation

In seinem Buch zur "Staatstheorie" setzt sich Poulantzas auch mit aktuellen staatlichen Entwicklungen auseinander und analysiert, dass sich der westliche Nationalstaat (Ende der 70er Jahre) transformiert. Diese neue Periode, die mit der Veränderung internationaler ökonomischer Verhältnisse einhergeht, bezeichnet Poulantzas als "autoritären Etatismus". Dieses Stadium verweist einerseits auf Umgestaltungen in der internationalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sowie den Klassenverhältnissen und damit auch auf Veränderungen in den nationalen Produktionsverhältnissen (Liberalisierung, Flexibilisierung, Privatisierung, Rückbau von sozialen Sicherungssystemen, etc.).

Autoritärer Etatismus
als neue Entwicklung
des Nationalstaates
und der internationalen
ökonomischen
Verhältnisse

Der autoritäre Etatismus bedeutet eine Verschiebung der nationalstaatlichen Dominanz auf die ökonomischen Staatsapparate, die größtenteils keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Damit verla-



gern sich im Machtblock die Machtverhältnisse von den formellen Parteien hin zu Bürokratie und Verwaltung. Die politischen Differenzen im Parteiensystem nehmen tendenziell ab, die Parteien entwickeln sich zu Volks-Parteien, es folgt eine Krise der repräsentativen, liberalen Demokratie. Der autoritäre Etatismus ist damit eine neue staatliche Form der Herrschaftsorganisation, die sich in unterschiedlichen Gesellschaftsformationen unterschiedlich schnell und unterschiedlich ausgeprägt.²¹

7.7. Die Überwindung des Staates

Poulantzas betrachtet die bisherigen marxistischen Ansätze zur Überwindung von Staatlichkeit als wenig zielführend und sinnvoll: Alle bisherigen Ansätze seien geprägt von Staatsgläubigkeit auf der einen Seite und Misstrauen gegen Masseninitiativen andererseits. Poulantzas möchte mit seinen Überlegungen einen neuen Weg beschreiten. Ausgangspunkt ist bei Poulantzas die notwendige Verbindung von Basis- und Repräsentativdemokratie. In der marxistischen Debatte ist oft von der Notwendigkeit der Zerschlagung der Instanzen der bürgerlichen Demokratie ausgegangen worden. Hier kritisiert Poulantzas, dass eine solche Zerschlagung oft die falschen Instanzen getroffen hat, nämlich jene Instanzen, die auch die bürgerlichen Rechte und Freiheiten garantieren und nicht nur auf der Seite der Bourgeoisie stehen, sondern auch Resultat langer Klassenkämpfe von unten sind. Diese Strategie ist seiner Ansicht nach auf das falsche Verständnis des Staates als Herrschaftsinstrument, denn als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zu sehen.

Poulantzas erklärt, dass der Staat nicht von außen angegriffen werden kann, da die Klassenkämpfe (größtenteils) immer schon auf dem Feld des Staates geführt werden. Poulantzas begeht aber nicht den Fehler, eine Eroberung der Staatsmacht als alleiniges politisches Ziel zu propagieren, da (wie er ja selbst immer wieder betont) diese Eroberung noch nicht viel an den staatlichen Formen und Funktionen ändern kann. Notwendig ist daher eine permanente demokratische und demokratisierende Massenpolitik um den Staat zu transformieren. Dieser Prozess der Transformation ist allerdings nicht als allmähliche Reformierung des Staates und seiner Apparate zu verstehen, sondern als Kampf von unten, in dem immer weitere Bereiche der Demokratisierung unterworfen werden. Dies kann nur einhergehen mit einer ständigen Mobilisierung der Massen und Ermutigung zu Selbstverwaltung und "Basisinitiativen": "[D]as innere Kräfteverhältnis des Staates zu ändern meint nicht aufeinanderfolgende Reformen als kontinuierlicher Fortschritt, die schrittweise Einnahme der staatlichen Maschinerie oder die Eroberung der höchsten Regierungsposten. Diese Veränderung besteht in der Ausweitung effektiver Brüche, deren kulminierender Punkt - und es wird zwangsläufig so ein Punkt existieren - im Umschlagen der Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staates zugunsten der Volksmassen liegt."²²

Der Vorteil dieser Strategie ist, dass die bürgerlichen Freiheiten der repräsentativen Demokratie auf erweiterter Stufenleiter reproduziert werden (anstatt im Zuge einer Revolution als erste staatliche Instanzen zu fallen) und in spezifische nicht-hierarchische und nicht-zentralistische Verhältnisse der direkten Demokratie umgewandelt werden. Die Instanzen der bürgerlichen Demokratie sind bei Poulantzas also kein notwendiges Übel auf dem Weg zum Sozialismus, sondern geradezu die Voraussetzung für diesen. Dieser Weg ist auch mit Gefahren verbunden, da die herrschende Klasse viele Mittel und Wege hat auch gewaltförmig in diesen Prozess einzugreifen. Gerade deshalb ist es

Verbindung von
Basis- und
Repräsentativ-
demokratie

Eroberung der
Staatsmacht muss mit
demokratischer und
demokratisierender
Massenpolitik
einhergehen

Umschlagen der
Kräfteverhältnisse



notwendig die staatlichen Apparate im Klassenkampf zu besetzen und sie in selbstverwaltete Zonen zu transformieren. Nur durch die ständige demokratische Intervention der Massen kann dieser Kampf gewonnen werden und der Staat im Sinne des "Absterbens" (Engels) umgewandelt werden.

Der Vorzug an Poulantzas' Analysen ist die Verknüpfung der staatlichen Instanzen mit dem Klassenkampf, in dem er den Staat als Verhältnis konzipiert. Erst dadurch wird eine genaue Analyse des kapitalistischen Staates überhaupt möglich, ebenso wie Untersuchungen zu seiner künftigen Überwindung.



8. JOACHIM HIRSCH UND BOB JESSOP DIE TRANSFORMATION DES STAATES ZUM NATIONALEN WETTBEWERBSSTAAT

Bob Jessop (1946 - *) und Joachim Hirsch (1929 - *), jeweils aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Richtungen kommend, haben beide Poulantzas' Staatstheorie als zentralen Bezugspunkt bei ihren staats-theoretischen Analysen. Ihr Anliegen ist es, die Staatstheorie weiter zu entwickeln und sie auf die aktuellen Veränderungsprozesse des Nationalstaates im Zuge der Globalisierung des Kapitalverhältnisses anzuwenden.

8.1. Staatstheoretische Überlegungen

In ihren Untersuchungen und Analysen versuchen Hirsch und Jessop die Ansätze von Poulantzas zu erweitern. Jessop konzentriert sich auf eine Verbindung mit der Regulationstheorie, die - so wie Poulantzas - den ökonomischen Reproduktionsprozess als immer schon politisch und ideologisch vermittelt betrachtet. Die Regulationstheorie beschäftigt sich mit dem Wechselverhältnis der Organisation der Produktion ("Akkumulationsregime") und dem institutionellen Komplex, auf den sich das Akkumulationsregime stützen kann, der "Regulationsweise". Die Regulation der Gesellschaftsformation bezieht sich immer auf spezifische politische Herrschaftsverhältnisse und wird in der Regulationstheorie als stets auf wechselhaften und widersprüchlichen Kompromissen aufgebaut verstanden.

Hirsch, der sich in den 1970er Jahren an der Staatsableitungsdebatte beteiligt hat, versucht eine stärkere Verbindung zu den Ergebnissen der Staatsableitung und ihren Formanalysen zu schaffen. Hirsch sieht vor allem bezüglich der Analyse des Nationalstaates Defizite in der materialistischen Staatstheorie, da der Nationalstaat bei Poulantzas nur auf der nationalstaatlichen Ebene untersucht wurde und nicht im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen. Die Pluralität der Staatenwelt, der Hirsch eine große Bedeutung für Form und Funktionalität des kapitalistischen Staates beimisst, müsse erst erklärt werden. Hirsch führt diese Pluralität der kapitalistischen Staatenwelt auf das kapitalistische Vergesellschaftungsprinzip zurück, dass sich auf internationaler politischer Ebene erweitert reproduziert. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses erscheint von diesem Blickwinkel aus nicht mehr als Neuheit, sondern als konkrete Gestalt des kapitalistischen Vergesellschaftungsprinzips. Die politische Fragmentierung ist eine Voraussetzung für den Verwertungsprozess und die Regulation der Klassenverhältnisse. Auf Basis der sich national identifizierenden Bourgeoisien, der nationalen Konkurrenzverhältnisse zwischen und innerhalb den unterdrückten Klassen und der nationalen Klassenverhältnisse bilden sich nationale Identitäten und untereinander konkurrierende nationale Klassenformationen heraus. Die Pluralität der Staatenwelt ist daher kein historischer Zufall, sondern ein Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenverhältnisse auf nationaler und internationaler Ebene. Die Abhängigkeits- und Machtverhältnisse der Staaten untereinander ergeben sich weniger aufgrund von ökonomischem oder militärischem Potential, sondern aus der Fähigkeit durch den Staat eine eigenständige Regulation und Akkumulation herauszubilden und sie erfolgreich mit dem Weltmarkt zu verbinden. Dieser ist zu sehen als komplexe (relativ autonome) Struktur einzelstaatlich umgrenzter und regulierter Gesellschaftsformationen, der die nationalen Klassenverhältnisse auf internationaler Ebene institutionalisiert. Diese Betrachtungen ermöglichen nun auch Analysen, die sich mit internationalen Beziehungen und der Transformation des Staates auseinandersetzen.

Veränderung des
Nationalstaats im Zuge
der Globalisierung des
Kapitalismus

Verbindung mit
Regulationstheorie

Verbindung mit
Staatsableitung

Nationalstaat und inter-
nationale Beziehungen



8.2. Der Wandel in den ökonomischen Staatsfunktionen und der nationale Wettbewerbsstaat

Hirsch und Jessop analysieren, dass die Globalisierung des Kapitalismus als Lösungsstrategie auf die Krise des sozialstaatlichen Kapitalismus, die Poulantzas als Phase des "autoritären Etatismus" untersucht hat, zu betrachten ist. Der sozialstaatliche Kapitalismus ("Fordismus"²³) war noch geprägt von einem relativ hohen Niveau an sozialen Sicherungssystemen, relativ planmäßigen Entwicklungen von Wachstum, Beschäftigung und Einkommen und einer starken Einbeziehung der Gewerkschaften in politische Entscheidungen. Der Fordismus, der dem Nachkriegseuropa sowohl steigende Profite als auch steigende Masseneinkommen brachte, brach mit den Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre zusammen.

Fordismus:
Sozialstaatlicher
Kapitalismus

In der Phase des Postfordismus bzw. autoritären Etatismus lässt sich eine Internationalisierung des Kapitalverhältnisses beobachten, die das Kapital aus nationalen Märkten und nationalen Klassenkompromissen (wie der österreichischen Sozialpartnerschaft) befreit. Die "Globalisierung" zielt dabei auf die Umstrukturierung der Klassenverhältnisse im nationalen und internationalen Bereich ab; die Strategien der Flexibilisierung und Deregulierung sind im politischen Sprachgebrauch als Neoliberalismus bekannt. Insgesamt verschieben sich die Verteilungsrelationen (Sozialabbau, allgemeine Umverteilung von unten nach oben; etc.). Die steigende Produktivität und die gewaltigen Rationalisierungsschübe (neue Technologien, neue Arbeitsformen, etc.) wirken sich nicht positiv auf Löhne, Beschäftigung und Arbeitszeit aus. Ganz im Gegenteil wirken soziale Sicherungssysteme immer mehr als Hürde für die profitable Reproduktion des Kapitals und werden zum Nachteil jeweiliger "nationaler Standorte". Durch wegfallende Hemmnisse in den Verkehrsverhältnissen von Waren, Geld und Kapital kann Kapital abwandern und sich einen neuen Standort wählen, wo die ökonomischen Verhältnisse liberaleren Kriterien entsprechen. Durch diese Strategie können Unternehmen wahlweise Standorte gegeneinander ausspielen, um diese in einen Wettkampf um schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse, geringe Sicherungssysteme und ökologische Anforderungen und möglichst geringe Steuern zu zwingen.

Postfordismus:
Ende nationaler
Klassenkompromisse

Damit geht auch eine Transformation der ökonomischen Staatsfunktionen einher: Der Wohlfahrtsstaat keynesianischen Typs wird in einen "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch, Jessop spricht vom "workfare state" im Gegensatz zum welfare state) umgewandelt, wodurch sich die Verhältnisse zwischen Staat und Ökonomie verschieben. Die bisherigen Modelle im Bereich der Kapitalakkumulation und der Regulation der Gesellschaftsformation werden schrittweise aufgekündigt. Im einzelstaatlichen Feld des Politischen, besonders im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik, finden Einschränkungen der nationalstaatlichen Handlungsspielräume statt.

Transformation des
Staates: Vom Sicher-
heitsstaat zum natio-
nalen Wettbewerbs-
staat

Der nationale Wettbewerbsstaat umfasst veränderte ökonomische Funktionen: Vorrangiges Ziel ist es, bestmögliche Bedingungen für die möglichst effiziente Verwertung von Kapital zu schaffen ohne Rücksicht auf nationale Entwicklungen (Auseinandergehen der Schere von Armut und Reichtum, Verarmung, etc.). Der nationale Wettbewerbsstaat ist auch durch eine wachsende Entdemokratisierung gekennzeichnet, d.h. immer mehr Bereiche werden demokratischen Entscheidungen und demokratischen Prozessen entzogen. Mit der Unterwerfung der staatlichen Politik unter die

Veränderte ökonomi-
sche Staatsfunktionen



"Sachzwänge" der Weltwirtschaft nehmen die politischen Differenzen im Parteiensystem tendenziell ab, was sich neben mangelnden politischen Alternativen auch in sinkender Wahlbeteiligung und sinkenden Mitgliedschaften bei Parteien und Gewerkschaften ausdrückt.

Veränderte nationale
Identitäten und
Ideologien

Der Prozess der Globalisierung des Kapitalverhältnisses führt auch zu veränderten nationalen Identitäten und Ideologien, die zur Legitimierung der Herrschaftsverhältnisse beitragen. Dazu zählen nicht nur das verstärkte - auch offene - Aufkommen rassistischer, nationalistischer, rechtsextremer, antisemitischer, sexistischer und vieler weiterer Ideologien, sondern auch die generelle Vorstellungen der Unveränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse.

Internationalisierung
der Staatsapparate

Standortpolitik

8.3. Internationalisierung des Staates

Die Verschiebung der staatlichen Funktionen weist auch auf die Internationalisierung der Staatsapparate hin. Diese Internationalisierung hat mehrere Aspekte: Auf die Struktur der Apparate wirkt sich vor allem die verstärkte Abhängigkeit von internationalen Märkten aus, die bereits auf nationalstaatlicher Ebene unter dem Stichwort Standortpolitik betrachtet wurde. Die handelnden Akteure auf internationalen Märkten bestimmen großteils unabhängig von legitimierten politischen Institutionen und beeinflussen auf diese Weise auch die nationalstaatliche Politik. Die Auswirkungen auf die Staatsapparate sind besonders bemerkbar an der wachsenden Bedeutung der unabhängigen Zentralbanken und ihrer Politik (in der EU vor allem der europäischen Zentralbank EZB) oder etwa an der Stärke des Finanzministeriums und der Budgetpolitik gegenüber anderen Apparaten. Insgesamt nimmt die Rolle internationaler Organisationen (IWF, Weltbank, WTO, G8, Konzerne, NGOs, etc.) zu, die nationalstaatliche Ebene wird in ihren politischen Spielräumen geschwächt und die lokale bzw. regionale politische Ebene gewinnt an Bedeutung.

Nationalstaat ist
immer noch Ort der
Reproduktion der
Klassenverhältnisse

Dennoch befindet sich der Nationalstaat nicht in einer Auflösungsphase, wie von vielen Seiten oft behauptet wird. Immer noch ist der Staat der entscheidende Träger der gesellschaftlichen Ordnung und der Ort der Reproduktion der Klassenverhältnisse. Der nationale Wettbewerbsstaat ist auch weiterhin der wesentliche Akteur der internationalen politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse. Durch die Flexibilisierung des Kapitals treten die Klassenspaltungen offener auf, dennoch ist es grundfalsch von einer Gegensätzlichkeit zwischen angeblich staatenlosem Kapital (Kapital ist immer auch an bestimmte nationalstaatliche Zusammenhänge gebunden) mit einem angeblich allmächtigen Weltmarkt und einem geschwächten Nationalstaat auszugehen. Diese neoliberale Argumentation stellt den Staat als passiven Erfüllungsgehilfen ökonomischer Prozesse dar und verdeckt die tatsächlichen Sachverhalte. Der Staat wird dabei als Herrschaftsverhältnis ausgeblendet, denn auch in Zeiten des globalisierten Kapitalismus werden die Klassenverhältnisse, ebenso wie die ökonomischen Prozesse auf (inter)nationaler Ebene gebildet. Hirsch sieht in diesem Zusammenhang daher keine Auflösung des Nationalstaates, sondern vielmehr eine Verhärtung.

8.4. Politische Alternativen

In Zeiten des nationalen Wettbewerbsstaates sind Gestaltungsmöglichkeiten und politische Alternativen eingeschränkter und schwieriger durchzusetzen. Der internationalisierte Staat führt zu sozialer Fragmentierung und zur Untergrabung entscheidender demokratischer Institutionen. Der



Wettkampf um Standortvorteile führt zu einer neuen Form der Trennung von Staat und Gesellschaft, da die Staatsapparate zunehmend in einem Verhältnis autoritärer Selbstverständigung zueinander stehen. Die liberale Demokratie kann nur mehr geschwächt zur gesellschaftlichen Integration und Abschwächung von umkämpften Interessen beitragen. Je stärker sich das Kapitalverhältnis durchsetzt, desto schwächer scheinen soziale und politische Kämpfe zu werden und politische Alternativen zu schwinden.

Neue Formen der
Trennung von Staat
und Gesellschaft;
Schwächung der libe-
ralen Demokratie

Die neoliberale Hegemonie, die eine Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise unmöglich erscheinen lässt, ist nicht unangreifbar. Sie hat sich entwickelt aus Klassenkämpfen als Verdichtung eines Kräfteverhältnisses. Es kommt daher darauf an diese Hegemonie zu brechen. Hirsch schlägt mehrere Anknüpfungspunkte vor: Die Internationalisierung sozialer Kämpfe ist notwendig, d.h. die nationalen Kämpfe sollen auch auf internationaler Ebene (in autonomen Organisationsformen) verbreitet und ausgefochten werden. Internationale Kooperation ist unumgänglich im Kampf um Hegemonie, wenn auch nicht vernachlässigt werden darf, dass wesentliche politische und soziale Kämpfe auf nationalstaatlicher Ebene geführt werden müssen. Wie auch schon Poulantzas betont Hirsch die Notwendigkeit von demokratischen und demokratisch wirkenden Aktions- und Organisationsformen. Eine Massenmobilisierung und der Kampf für eine neue Gesellschaft muss immer auch mit gesellschaftsverändernder Praxis einhergehen, um nicht die bestehenden Verhältnisse erst wieder zu legitimieren. Die gesellschaftsverändernde Praxis muss auf einen Wechsel des politischen Feldes abzielen und dieses anders definieren. Im Kampf um eine neue Gesellschaft kann es nicht darum gehen, ein vorgefertigtes neues Gesellschaftsmodell durchzusetzen, sondern im Gegenteil muss Raum geschaffen werden um unterschiedliche Vorstellungen menschlichen Zusammenlebens zu verwirklichen. Hirsch geht damit weit über den Rahmen klassischer Vorstellungen über sozialistische Revolutionen hinaus: Es geht um die komplette Umwälzung aller politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse, für die eine Zusammenfassung vieler und vielfältiger Kämpfe notwendig ist. Hirsch bezieht sich damit nicht nur auf Klassenkämpfe, sondern auch auf politische Kämpfe, etwa für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse.

Neoliberale
Hegemonie

Auswege:
Internationale Ko-
operation, Massen-
mobilisierung, gesell-
schaftsverändernde
Praxis, Zusammen-
fassung vielfältiger
politischer und sozia-
ler Kämpfe



9. AUSBLICK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Zusammenhang Staat
und Kapitalismus

Doppelcharakter des
Staates als Herrschafts-
verhältnis und als Feld
sozialer und politischer
Kämpfe

Anknüpfungspunkte für
politisches Handeln

Praktische
Selbstorganisation

Demokratisierende
Massenmobilisierung

In dieser Broschüre ging es darum, die Zusammenhänge des Staates mit der kapitalistischen Produktionsweise herzustellen und den Staat, schon von seiner Form her, als Herrschaftsverhältnis zu erkennen. Mit der umfassenden Staatstheorie von Poulantzas, die den Doppelcharakter des Staates als Herrschaftsverhältnis und als Feld sozialer Kämpfe darstellt und den Erweiterungen durch Hirsch und Jessop sind wichtige Fragen über den Staat beleuchtet worden. Selbstverständlich ist die staatstheoretische Diskussion nicht zu einem Ende gekommen: Im Anschluss an Poulantzas gelang eine Verknüpfung der Staatstheorie mit unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Richtungen, die sich mit den Verbindungen des Staates zu verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen beschäftigten, die aber in diesem Rahmen nicht mehr behandelt werden können.²⁴

Die Auseinandersetzung mit staatstheoretischen Überlegungen liefert auch unmittelbare Anknüpfungspunkte für politisches Handeln. Der unmittelbare politische Kampf muss mit der Umwälzung von Staat und Kapitalismus in Verbindung gebracht werden. Diese Herrschaftsverhältnisse sind aber keine äußerliche Macht, sondern ein Zusammenhang, in den wir alle eingebunden sind und den wir alle beständig reproduzieren, solange die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie nicht durchbrochen wird. Erste Schritte zur Bekämpfung dieser Hegemonie sind die praktische Selbstorganisation und die Wahrnehmung und Verbreitung eigener Interessen im Hier und Jetzt. Einen "richtigen Weg" zum Sozialismus gibt es allerdings mangels Beispielen nicht. Nur eines ist klar: Eine neue demokratische Gesellschaft ohne Herrschaftsverhältnisse kann nur auf demokratischem Wege und durch Massenmobilisierung erreicht werden. Es kann daher nicht um die Umstülpung eines vorgefertigten Systems gehen, sondern um eine gemeinschaftliche und demokratische Zusammenfassung vielfältiger politischer und sozialer Kämpfe.



ANHANG ANMERKUNGEN

- ¹ Mehr Informationen zu Strukturen und Funktionen der feudalen und der kapitalistischen Produktionsweise sind in den Broschüren "Philosophie und Gesellschaftskritik bei Marx" (v.a. Kap. 2.3.) und "Die Kritik der politischen Ökonomie" zu finden.
- ² Rousseau, Jean-Jacques: Gesellschaftsvertrag; Stuttgart 1977; S. 5
- ³ "Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee - der sittliche Geist, als der offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Wille, der sich denkt und weiß und das, was er weiß und insofern er es weiß, vollführt." Hegel, Georg W. F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse; in: Werke. Band 7; Frankfurt 1986; § 257; S. 398; Kursivschrift im Original
- ⁴ Ebd.; § 258; S. 403f.; vgl. auch § 259; S. 404ff.
- ⁵ Zur Hegelschen Philosophie und der Auseinandersetzung von Rechts- und Linkshegelianern siehe die Kapitel 1.1. und 1.2. der Broschüre "Philosophie und Gesellschaftskritik bei Marx"
- ⁶ Vgl. Marx, Karl: Brief an Friedrich Engels vom 02.04.1858; in: Marx-Engels-Werke. Band 29; Berlin (DDR) 1973; S. 311ff. Vgl. auch Marx, Karl: Brief an Weydemeyer vom 01.02.1859; in: Ebd.; S. 570
- ⁷ Marx, Karl /Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie; in: Marx-Engels-Werke. Band 3; Berlin (DDR) 1969; S. 311
- ⁸ Zur Auseinandersetzung von Marx mit Hegel und der idealistischen Dialektik siehe die Kapitel 1.2. und 1.3. der Broschüre "Philosophie und Gesellschaftskritik bei Marx"
- ⁹ Vgl. dazu Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Der Produktionsprozess des Kapitals; in: Marx-Engels-Werke. Band 23; Berlin (DDR) 1962; S. 595, 765
- ¹⁰ "Der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisie gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse [...]". aus: Marx, Karl: Rezensionen aus der "Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue". Viertes Heft, April 1850; in: Marx-Engels-Werke. Band 7; Berlin (DDR) 1960; S. 288
- ¹¹ Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats; in: Marx-Engels-Werke. Band 21; Berlin (DDR) 1962; S. 166f.
- ¹² Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft; in: Marx-Engels-Werke. Band 20; Berlin (DDR) 1962; S. 262; Kursivschrift im Original
- ¹³ Zustimmend erklärt Lenin: "Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die POST als Muster sozialistischer Wirtschaft." Lenin, Vladimir I.: Staat und Revolution; in: Lenin-Werke. Band 25; Berlin (DDR) 1972; S. 439
- ¹⁴ Marx hat die "Monopolisierung" als Aspekt im Zuge des Akkumulationsprozesses sehr wohl erkannt und sie unter den Begriffen Konzentration und Zentralisation beschrieben. Vgl. dazu Marx, Karl: Das Kapital. Band 1; a.a.O.; S. 653ff.
- ¹⁵ Zur Kritik an der instrumentellen Staatsauffassung siehe bspw.: Agnoli, Johannes: Der Staat des Kapitals; in: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik (Gesammelte Schriften. Band 2); Freiburg i. B. 1995; S. 24ff. oder Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau. Ideologie. Autoritärer Etatismus; Hamburg 2002; S. 40ff., 155ff., 281f.
- ¹⁶ Die Trennung von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist eine methodische Trennung, keineswegs eine der Realität entsprechende, wie Gramsci selbst betont.
- ¹⁷ Vgl. dazu Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate; in: Ders.: Ideologie und ideologische Staatsapparate; Hamburg 1977; S. 119f.
- ¹⁸ Siehe zur Ideologietheorie bei Althusser bspw.: Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate; Hamburg 1977; S. 108ff.; Charim, Isolde: Der Althusser-Effekt. Entwurf einer Ideologietheorie; Wien 2002; Eagleton, Terry: Ideologie. Eine Einführung; Stuttgart 2000; S. 160ff.; Kim, Eun-Young: Zur Ideologie- und Staatsanalyse. Ein Versuch über Marx, Gramsci und Althusser; Marburg 1995; S. 66ff.
- ¹⁹ Agnoli, Johannes: Der Staat des Kapitals; a.a.O.; S. 45. Da Agnoli das Kapital als soziales Verhältnis begreift, sieht er auch den "Doppelcharakter des Staates" (S. 32ff.), sowohl als Aufrechterhalter der kapitalistischen Produktionsweise, als auch des Rechtsstaates und des Sozialstaates, sowie die "materiale Unabhängigkeit politischer Führungsgruppen (Parteiapparate, Staatsbürokratie, Regierung, Parlamente, Gerichte) gegenüber den ökonomischen Zusammenballungen" (S. 46).
- ²⁰ Poulantzas, Nicos: Staatstheorie; a.a.O.; S. 159
- ²¹ Zum autoritären Etatismus siehe Poulantzas: Ebd.; S. 231ff.; kritisch dazu: Demirovic, Alex: Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung; Berlin 1987; S. 114ff.
- ²² Poulantzas, Nicos: Staatstheorie; a.a.O.; S. 286f. Kursivschrift im Original.
- ²³ Der Begriff des Fordismus geht auf die standardisierte (tayloristische) Massenproduktion in den Fabriken des Automobilherstellers Henry Ford zurück und bezieht sich auf das damit einhergehende spezifische Akkumulationsregime (steigendes Wachstum, steigender Wohlstand). Vgl. dazu Hirsch, Joachim: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen; Hamburg 2002; S. 84ff.
- ²⁴ Als Beispiele seien genannt: die Regulationstheorie, die Kulturstudien, die feministische Theorie und Queer-Studien, die Macht- und Diskurstheorie, sowie die (an Althusser geschulte) Ideologietheorie im Allgemeinen und die kritischen Rassismustheorien im Besonderen und vieles mehr.



ANHANG VERWENDETE LITERATUR

- Johannes AGNOLI: Der Staat des Kapitals; in: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik (Gesammelte Schriften. Band 2); Freiburg i. B. 1995; S. 21 - 89
- Louis ALTHUSSER: Für Marx; Frankfurt 1968
- Ders.: Ideologie und ideologische Staatsapparate; Hamburg 1977
- Ders.: Lenin und die Philosophie; Hamburg 1974
- Jürgen BEHRE: Volkssouveränität und Demokratie. Zur Kritik staatszentrierter Demokratievorstellungen; Hamburg 2004
- Henning BÖKE / Jens Christian MÜLLER / Sebastian REINFELDT (Hg.): Denk-Prozesse nach Althusser; Hamburg 1994
- Claudia VON BRAUNMÜHL / Klaus FUNKEN / Mario COGOY / Joachim HIRSCH: Probleme einer materialistischen Staatstheorie; Frankfurt a. M. 1973
- Isolde CHARIM: Der Althusser-Effekt. Entwurf einer Ideologietheorie; Wien 2002
- Alex DEMIROVIC / Hans-Peter KREBS / Thomas SABLowski (Hg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Mit Beiträgen von Joachim Hirsch, Robert Boyer, Sue Ruddick, Robert Delorme, Alan Lipietz, Bob Jessop u.a.; Münster 1992
- Alex DEMIROVIC: Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung; Berlin 1987
- Terry EAGLETON: Ideologie. Eine Einführung; Stuttgart 2000
- Georg W. F. HEGEL: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse; in: Werke. Band 7; Frankfurt a. M. 1986
- Joachim HIRSCH / Bob JESSOP / Nicos POULANTZAS: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung. Internationalisierung. Renationalisierung; Hamburg 2001
- Joachim HIRSCH: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen; Hamburg 2002
- Ders.: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals; Frankfurt a. M. 1974
- Ders.: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat; Berlin 1998
- Bob JESSOP: Der Staat im marxistischen Denken der Nachkriegszeit; in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft; Heft 5/95; 1995
- Ders.: Regulation und Politik; in: Alex DEMIROVIC / Hans-Peter KREBS / Thomas SABLowski (Hg.): Hegemonie und Staat; a.a.O.; S. 232 - 262
- Saul KARSZ: Theorie und Politik: Louis Althusser; Frankfurt a. M. u.a. 1976
- Eun-Young KIM: Zur Ideologie- und Staatsanalyse. Ein Versuch über Marx, Gramsci und Althusser; Marburg 1995
- Reinhart KÖBLER / Hanns WIENOLD: Gesellschaft bei Marx; Münster 2001
- Vladimir I. LENIN: Staat und Revolution; in: Lenin-Werke. Band 25; Berlin (DDR) 1972; S. 393 - 507
- Domenico LOSURDO: Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum "kritischen Kommunismus"; Hamburg 2000
- Rosa LUXEMBURG: Gesammelte Werke. 5 Bände; Berlin (DDR) 1975ff.
- Karl MARX / Friedrich ENGELS: Werke. 42 Bände; Berlin (DDR) 1957ff.
- Jens Christian MÜLLER / Sebastian REINFELDT / Richard SCHWARZ / Manon TUCKFELD: Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas; Mainz 1994
- Harald NEUBERT: Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung; Hamburg 2001
- Eugen PASCHUKANIS: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe; Frankfurt a. M. 1970
- Nicos POULANTZAS: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen; Frankfurt a. M. 1974
- Ders.: Staatstheorie. Politischer Überbau. Ideologie. Autoritärer Etatismus; Hamburg 2002
- Jean-Jacques ROUSSEAU: Gesellschaftsvertrag; Stuttgart 1977
- Theo VOTSOS: Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci; Hamburg 2001



ANHANG WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Jürgen BEHRE: *Volkssouveränität und Demokratie. Zur Kritik staatszentrierter Demokratievorstellungen*; Hamburg 2004

Behre setzt sich mit frühbürgerlichen und bürgerlichen Ansätzen zur Analyse des Staates auseinander und stellt diesen die Kritik der Politik von Karl Marx gegenüber.

- Joachim HIRSCH: *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*; Hamburg 2002

- Ders.: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*; Hamburg 2005

In seinem 2002 erschienen Buch beschäftigt sich Hirsch mit der Neuformulierung einer materialistischen Staatstheorie und seiner Analysen zum nationalen Wettbewerbsstaat sowie seiner Transformation im Zuge der Globalisierung des Kapitalverhältnisses. Sein gerade erscheinendes Buch (2005) berücksichtigt auch aktuelle Entwicklungen der letzten Jahre und enthält auch ein Kapitel zu "Staat, Weltsystem und Imperialismus".

- Ders.: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*; Berlin 1998

Dieses Buch beinhaltet eine Aufsatzsammlung über Globalisierung, Staat und Demokratie, die auch nach einigen Jahren nichts an Aktualität einbüßt.

- Eun-Young KIM: *Zur Ideologie- und Staatsanalyse. Ein Versuch über Marx, Gramsci und Althusser*; Marburg 1995

Kim beschäftigt sich in dieser kompakten Arbeit mit dem engen Zusammenhang von Staatsanalyse und Ideologieanalyse bei Marx, Gramsci und Althusser.

- Nicos POULANTZAS.: *Staatstheorie. Politischer Überbau. Ideologie. Autoritärer Etatismus*; Hamburg 2002

Die Neuauflage von Poulantzas' Staatstheorie aus dem Jahre 1978 ist sicherlich der wichtigste Beitrag zu einer umfassenden Theorie des Staates und zur Analyse auch der aktuellen kapitalistischen Entwicklungen.

